

Jan Hansen

Zwischen Staat und Straße

Der Nachrüstungsstreit in der deutschen Sozialdemokratie (1979–1983)

Die Kontroverse um den NATO-Doppelbeschluss und die Nachrüstung wirkte auf die deutsche Sozialdemokratie als Katalysator einer Selbstverständigung über Grundsatzfragen. Dabei ging es nicht nur um die Sicherheitspolitik, sondern auch um das Verhältnis zu den Neuen sozialen Bewegungen, um innerparteiliche Protestkulturen sowie die Einstellungen zum Ost-West-Gegensatz und zur bundesdeutschen Staatlichkeit. Der Nachrüstungsstreit war für die SPD der »Ort«, an dem grundlegend über Selbstbild und Weltwahrnehmung gesprochen wurde. Dass die Debatte um die Stationierung nuklearer Mittelstreckenwaffen in Westeuropa und insbesondere der Bundesrepublik einen solchen Charakter entwickeln würde, war indes nicht selbstverständlich.

Die Sozialdemokratie hatte sich in ihrer Geschichte stets mit Fragen von Krieg und Frieden auseinandergesetzt, doch war ihr Verhältnis zum Militärischen meist ambivalent geblieben. Auf der einen Seite engagierte sie sich für die Zurückdrängung kriegerischer Mittel aus den internationalen Beziehungen, auf der anderen Seite hielt sie am Prinzip der Landesverteidigung – im Kalten Krieg auch mit nuklearen Waffen – fest.¹ Das gewaltige Echo, das der NATO-Doppelbeschluss und die in ihm anvisierte Nachrüstung mit 108 Abschussvorrichtungen für Pershing-II-Mittelstreckenraketen und 464 bodengestützten Marschflugkörpern (Cruise Missiles) – wovon 96 in der Bundesrepublik stationiert werden sollten – innerparteilich hervorrief, ist nur vor dem Hintergrund der Bedeutung zu verstehen, die die SPD friedenspolitischen Themen traditionell beimaß. Hatte sie sich noch in den 1970er Jahren mit ihrer Ost- und Entspannungspolitik als »Friedenspartei«² profiliert, forderte die Kontroverse um den maßgeblich von Bundeskanzler Helmut Schmidt initiierten NATO-Doppelbeschluss dieses Selbstbild nun heraus. Im Streit um die Nachrüstung fand sie sich in einer dramatischen Spannung zwischen den Anforderungen an eine Regierungspartei und ihrer zumindest partiellen Sympathie für die Friedensbewegung wieder. In diesem Sinne diskutierte sie die Raketenstationierung buchstäblich zwischen Staat und Straße.³

In meinem Beitrag möchte ich die Debatten in der deutschen Sozialdemokratie um die Nuklearwaffen historisieren und in ihren gesellschaftlichen und kulturellen Kontext einbetten. Dabei soll im Vordergrund stehen, dass die innerparteilichen Kontroversen ge-

1 Vgl. Grundsatzprogramm der Sozialdemokratischen Partei Deutschlands. Beschlossen vom Außerordentlichen Parteitag der SPD in Bad Godesberg vom 13. bis 15. November 1959, hrsg. v. Vorstand der SPD, Bonn 1959, S. 8–12.

2 Vgl. dazu *Michael Longerich*, Die SPD als »Friedenspartei« – mehr als nur Wahltaktik? Auswirkungen sozialdemokratischer Traditionen auf die friedenspolitischen Diskussionen 1959–1983, Frankfurt am Main/Bern etc. 1990, insb. S. 29–115.

3 Zur Kontroverse um den NATO-Doppelbeschluss in der SPD vgl. *Friedhelm Boll/Jan Hansen*, Doppelbeschluss und Nachrüstung als innerparteiliches Problem der SPD, in: *Philipp Gassert/Tim Geiger/Hermann Wentker* (Hrsg.), *Zweiter Kalter Krieg und Friedensbewegung. Der NATO-Doppelbeschluss in deutsch-deutscher und internationaler Perspektive*, München 2011, S. 203–228; aus der älteren Forschungsliteratur seien zwei Publikationen hervorgehoben: *Anton Notz*, *Die SPD und der NATO-Doppelbeschluss. Abkehr von einer Sicherheitspolitik der Vernunft*, Baden-Baden 1990; sowie *Thomas Risse-Kappen*, *Die Krise der Sicherheitspolitik. Neuorientierungen und Entscheidungsprozesse im politischen System der Bundesrepublik Deutschland 1977–1984*, Mainz/München 1988.

wissermaßen ein Miniaturabbild der gesamtgesellschaftlichen Diskussion waren und als solches sichtbar gemacht werden müssen. Weder diskutierte die größte westdeutsche Regierungspartei in einer nur auf sich selbst bezogenen Weise über die Nachrüstung, noch konnte sie sich allgemeinen zeitgenössischen Entwicklungen verschließen. Auch war die SPD nie bloß politische Partei, sondern immer auch Sammelbecken einer höchst heterogenen, gesellschaftlich wirksamen Bewegung. Deshalb versteht sich dieser Text nicht ausschließlich als Beitrag zu einer Geschichte der Parteien: Denn wenn die Debatte in der SPD als Katalysator einer grundsätzlichen Selbstverständigung eng an die gesamtgesellschaftliche Kontroverse rückgebunden war, in der sich ganz ähnliche Tendenzen feststellen lassen⁴, können die sozialdemokratischen Auseinandersetzungen in ihrer Verflochtenheit und Rückgebundenheit auch als Teil einer Kultur- und Gesellschaftsgeschichte des Kalten Kriegs gelesen werden.

Im Folgenden soll untersucht werden, ob und inwieweit sich der Nachrüstungsstreit in der SPD unter der Formel »Wandel des Politischen« fassen lässt. Darunter soll ein komplexes Nebeneinander von politischen, gesellschaftlichen und kulturellen Transformationsprozessen verstanden werden, in dem diskursive Rahmensetzungen neu bestimmt wurden. Das »Politische« ist dabei nicht einfach in den Institutionen des Staats (dem Parlament, der Regierung, den Parteien) »gegeben«, sondern Objekt eines permanenten Aushandlungsprozesses.⁵ Es wird ununterbrochen »gemacht« und ist niemals schon da. Wird eine solche Definition des »Politischen« zugrunde gelegt, lässt sich der Streit um die Nachrüstung als Selbstverständigungsdebatte über die Form, den Inhalt und die Grenzen dessen verstehen, in dem wahrgenommen, gedeutet und kollektiv verbindlich gehandelt werden konnte. Im Mittelpunkt steht also die Frage, inwiefern und durch welche Diskurse im Nachrüstungsstreit politische Rahmensetzungen erörtert und neu bestimmt wurden.⁶ Meine These lautet, dass die Transformationsprozesse auf mindestens drei Ebenen lokalisiert werden können: den Formen der Artikulation von politischem Dissens (das heißt den Modi der Aushandlung dieser Rahmensetzungen), den sozialdemokratischen Repräsentationen⁷ des Ost-West-Gegensatzes und den Einstellungen gegenüber der bundesdeutschen Staatlichkeit.

4 In der Nachrüstungsdebatte zeigten sich nach Eckart Conze »ideelle Grundlagen des gesellschaftlichen Umbruchs«, vgl. *Eckart Conze*, Modernitätsskepsis und die Utopie der Sicherheit. NATO-Nachrüstung und Friedensbewegung in der Geschichte der Bundesrepublik, in: *Zeithistorische Forschungen* 7, 2010, H. 2, Abs. 2, URL: <<http://www.zeithistorische-forschungen.de/16126041-Conze-2-2010>> [12.2.2012]; dazu auch gründlich *Philipp Gassert*, Viel Lärm um Nichts? Der NATO-Doppelbeschluss als Katalysator gesellschaftlicher Selbstverständigung in der Bundesrepublik, in: *ders./Geiger/Wentker*, Zweiter Kalter Krieg und Friedensbewegung, S. 175–202; Jan Ole Wiechmann diagnostiziert mit Hinblick auf die Nachrüstungskontroverse eine »Säkularisierungskrise«. *Jan Ole Wiechmann*, Der Streit um die Bergpredigt. Säkulare Vernunft und religiöser Glaube in der christlichen Friedensbewegung der Bundesrepublik Deutschland (1977–1984), in: *AfS* 51, 2011, S. 343–374; während Susanne Schregel zutreffend eine »Staats- und Machtkrise« sieht, *Susanne Schregel*, Der Atomkrieg vor der Wohnungstür. Eine Politikgeschichte der neuen Friedensbewegung in der Bundesrepublik 1970–1985, Frankfurt am Main/New York 2011, insb. S. 20–23 und 337–340.

5 Vgl. exemplarisch *Achim Landwehr*, Diskurs – Macht – Wissen. Perspektiven einer Kulturgeschichte des Politischen, in: *Archiv für Kulturgeschichte* 85, 2001, S. 71–117; *Ute Frevert*, Neue Politikgeschichte: Konzepte und Herausforderungen, in: *dies./Heinz-Gerhard Haupt* (Hrsg.), Neue Politikgeschichte. Perspektiven einer historischen Politikforschung, Frankfurt am Main 2005, S. 7–26; *Roger Chartier*, Die unvollendete Vergangenheit. Geschichte und die Macht der Weltauslegung, Berlin 1989, insb. S. 10–19.

6 Vgl. für die Friedensbewegung *Benjamin Ziemann*, A Quantum of Solace? European Peace Movements during the Cold War and their Elective Affinities, in: *AfS* 49, 2009, S. 351–389, hier: S. 352 und 372f.

7 Zum Repräsentationsbegriff vgl. *Chartier*, Die unvollendete Vergangenheit, S. 10–19.

Der Text ist in sieben Abschnitte unterteilt. Zunächst werde ich einen knappen Abriss über den Verlauf des Nachrüstungsstreits geben (I.), die wichtigsten Haltungen zur Raketenstationierung herausarbeiten (II.) und das sozialdemokratische Verhältnis zum außerparlamentarischen Protest, insbesondere der Friedensbewegung, untersuchen (III.). Da für diesen Beitrag die Annahme zentral ist, dass eine Vielzahl von Aushandlungsformen für die Rahmensetzungen konstitutiv waren, werde ich im vierten Teil neue Formen der Artikulation von politischem Dissens anhand von Visualisierungsstrategien, der Inszenierung von Körpern sowie habituellen Deutungskämpfen betrachten (IV.). Im fünften Abschnitt stehen die sozialdemokratischen Einstellungen zum Ost-West-Gegensatz im Vordergrund: In zwei Unterkapiteln sollen die Wahrnehmungen und Deutungen von Amerika (genauer: der USA) und dem »Westen« in der SPD sowie Europa- und weltgesellschaftliche Ordnungsvorstellungen diskutiert werden (V.). Das abschließende inhaltliche Kapitel analysiert den Nachrüstungsstreit als »Ort« der Neuverhandlung von Staatlichkeit (VI.), während ein kurzer Schlussabschnitt die Untersuchungsergebnisse unter der Leitfrage nach dem »Wandel des Politischen« zusammenfasst (VII.).

I. CHRONOLOGIE EINES STREITS

Mit Recht lässt sich argumentieren, dass schon die kurze, aber heftige Diskussion um die Enhanced Radiation Weapon (die Neutronenwaffe oder -bombe) zur unmittelbaren Vorgeschichte der Kontroverse um die Nachrüstung in der SPD zu zählen ist, weil sie bei den späteren Kritikern Sensibilität für sicherheitspolitische Fragen geweckt hatte.⁸ Dabei kam insbesondere dem Artikel von Egon Bahr im »Vorwärts« Bedeutung zu, mit dem er auf einen Bericht der Washington Post über angebliche Pläne der US-Regierung zur Produktion und Stationierung einer neuartigen Nuklearwaffe reagierte.⁹ Diese Waffe sollte, so Walter Pincus in der Washington Post, in erster Linie organisches Leben töten, aber Gegenstände wie feindliche Panzer vergleichsweise unzerstört lassen. Hier setzte die Kritik Bahrs an, der »die Skala aller Werte auf den Kopf gestellt« sah, wenn die »Erhaltung alles Materiellen« wichtiger werde als der Schutz des Lebens, und die Neutronenbombe als »ein Symbol der Perversion des Denkens« bezeichnete. Auch wenn die letztliche Entscheidung von US-Präsident Jimmy Carter für einen Produktionsverzicht nur indirekt etwas mit dem Debattebeitrag des SPD-Bundesgeschäftsführers zu tun hatte¹⁰, nahm dieser doch wichtige »diskursive Weichenstellungen« vor, »durch die ›Leben‹ und ›Materialismus‹ in direkten Oppositionen erschienen«.¹¹ Die Kritik am »Materialismus im triumphalen Exzess«¹²

8 Für eine ausführlichere Auseinandersetzung mit der Chronologie des Nachrüstungsstreits sei hier verwiesen auf *Notz*, Die SPD und der NATO-Doppelbeschluss; *Boll/Hansen*, Doppelbeschluss; *Judith Michel*, Willy Brandts Amerikabild und -politik 1933–1992, Göttingen 2010, S. 454–493; *Hartmut Soell*, Helmut Schmidt. 1969 bis heute, Macht und Verantwortung, München 2008, S. 709ff.

9 Vgl. *Walter Pincus*, Neutron Killer Warhead Buried in ERDA Budget, in: Washington Post, 6.6.1977; *Egon Bahr*, Ist die Menschheit dabei, verrückt zu werden? Die Neutronenbombe ist ein Symbol der Perversion des Denkens, in: Vorwärts, 21.7.1977, S. 4.

10 Vgl. zur Bedeutung der Diskussion in der Bundesrepublik auf die amerikanische Entscheidungsfindung Warren Christopher an Jimmy Carter, 13.4.1978, Jimmy Carter Presidential Library (Carter Library), Atlanta, Plains File, CREST, NLC-128-13-7-8-0; David Aaron an Zbigniew Brzezinski, ERW: Possible Way Out, April 1978, ebd., Zbigniew Brzezinski Collection, box (b) 22, folder »Defense – Enhanced Radiation Warhead: [3/78–8/78]«, Jimmy Carter an Helmut Schmidt, 6.4.1978, ebd.

11 *Schregel*, Der Atomkrieg, S. 52.

12 *Bahr*, Die Neutronenbombe.

entsprach dem Zeitgeist und sie bereitete eine wichtige Argumentationsfigur der späteren Nachrüstungskritik vor.

Von einem vergleichbaren Protest in der SPD kann als Reaktion auf die Verabschiedung des NATO-Doppelbeschlusses am 12. Dezember 1979¹³ keine Rede sein. Ein Grund hierfür dürfte gewesen sein, dass es Bundeskanzler Helmut Schmidt im Laufe des Jahres 1979 gelungen war, seine Partei auf den Kurs der Allianz einzuschwören. Nachdem im Januar 1979 auf der französischen Karibikinsel Guadeloupe die Vorentscheidung für eine Modernisierung des nuklearen NATO-Mittelstreckenarsenals mit einem integrierten Verhandlungsangebot an die Sowjetunion gefallen war, informierte Schmidt die SPD-Fraktion im Bundestag eingehend über die Thematik.¹⁴ Zwar gab es zu Beginn des Jahres noch Stimmen, die wie der Fraktionsvorsitzende Herbert Wehner die »Notwendigkeit zusätzlicher Waffensysteme« infrage stellten¹⁵, doch legte sich ein Führungskreis der Partei am 16. Mai 1979 im Kanzleramt grundsätzlich auf die doppelte Strategie der NATO fest.¹⁶ Um die Kritiker in Fraktion und Partei einzubinden, nahm die Antragskommission zum Bundesparteitag der SPD, der Anfang Dezember 1979 in Berlin stattfand, in den sicherheitspolitischen Leitantrag die Bedingung auf, dass der »Gang der Verhandlungen und die erwarteten Ergebnisse« es möglich machen müssten, »Beschlüsse zu überprüfen und, wenn nötig, zu revidieren«.¹⁷ Deshalb sollte, so die Parteitagsentscheidung, die Bundesregierung der Stationierung »nur unter der auflösenden Bedingung zustimmen«, dass auf sie »verzichtet wird, wenn Rüstungskontrollverhandlungen zu befriedigenden Ergebnissen führen«. Während das NATO-Kommuniqué von einer »verbindlichen Festlegung« auf die Dislozierung sprach, deren Umfang noch zu überprüfen sei¹⁸, sollte nach Dafürhalten der SPD auf die Stationierung auch ganz verzichtet werden können. Hinter dieser Formulierung stand die Erwartung, dass ein rüstungskontrollpolitischer Erfolg zwischen Amerikanern und Sowjets die Stationierung der Marschflugkörper und Pershing-II-Raketen überflüssig machen könnte (»Null-Lösung«¹⁹).

Die SPD setzte zu Beginn und im Verlauf des Jahres 1980 große Hoffnungen darauf, dass die Verhandlungen zwischen den USA und der Sowjetunion in Genf zügig beginnen

13 Bulletin des Presse- und Informationsamts der Bundesregierung der Bundesrepublik Deutschland (Bulletin) Nr. 154/1979, S. 1409–1410.

14 Vgl. die im Bundeskanzleramt gefertigten Sprechzettel für Helmut Schmidt zu den Fraktions-sitzungen am 16. Januar 1979 und 6. Februar 1979, Archiv der sozialen Demokratie (AdsD), Bonn, Helmut-Schmidt-Archiv (HSA), 1/HSAA010700; vgl. auch die amerikanische Aufzeichnung über den Gipfel von Guadeloupe: Stuart Eizenstat an Jimmy Carter, Guadeloupe Summit, 4.1.1979, Carter Library, President's Files: Staff Secretary's File [Handwriting File], b 114, folder »1/10/79 [1]«.

15 Herbert Wehner, Deutsche Politik auf dem Prüfstand, in: Neue Gesellschaft (NG) 26, 1979, S. 92–94, hier: S. 93.

16 Vgl. die handschriftlichen Aufzeichnungen Horst Ehmkes zu diesem Treffen, AdsD, Dep. Horst Ehmke, 1/HEAA001042; auch Horst Ehmke, Mittendrin. Von der Großen Koalition zur Deutschen Einheit, Berlin 1994, S. 308; Hans Apel, Der Abstieg. Politisches Tagebuch 1978–1988, Stuttgart 1990, S. 82f.; Egon Bahr, Zu meiner Zeit, München 1996, S. 508f.

17 Parteitag der Sozialdemokratischen Partei Deutschlands vom 3. bis 7. Dezember 1979 in Berlin, Bd. 2: Angenommene und überwiesene Anträge, hrsg. v. Vorstand der SPD, Bonn 1979, S. 1243; zur Debatte um die Sicherheitspolitik auf dem Parteitag auch Bernd Faulenbach, Das sozialdemokratische Jahrzehnt. Von der Reformeuphorie zur Neuen Unübersichtlichkeit. Die SPD 1969–1982, Bonn 2011, S. 557–561.

18 Bulletin Nr. 154/1979, S. 1410.

19 Der Begriff der »Null-Lösung« geht dem Inhalt nach auf Helmut Schmidt zurück, der ein solches Ergebnis im Vorfeld des Berliner SPD-Parteitags in der Fraktion als »idealen theoretischen Fall« bezeichnete. »Dieser ideale optimale Fall setzt aber voraus, daß die Sowjetunion vieles von dem wieder abwrackt, was sie produziert hat«. Helmut Schmidt, Abschrift der Äußerungen vor der SPD-Fraktion am 13. November 1979, undatiert, AdsD, HSA, 1/HSAA006524.

würden. Der dramatische Klimasturz in den internationalen Beziehungen um die Jahreswende 1979/80 machte diese Hoffnungen jedoch zunichte.²⁰ Dass die Entspannung trotz des sowjetischen Afghanistan-Einmarschs, des US-amerikanischen Boykotts der Olympischen Sommerspiele in Moskau und der sich generell verschärfenden Beziehungen zwischen den Supermächten fortgesetzt werden müsse, war zu Beginn des Jahres 1980 ein immer wiederkehrendes Leitmotiv der Debatte in der SPD.²¹ In diesem Sinne kann der Brief eines Stuttgarter Genossen an den Parteivorsitzenden Willy Brandt exemplarisch für die verbreitete Sorge um die sozial-liberale Ost- und Entspannungspolitik stehen: Es sei gerade »in der gegenwärtigen schlimmen Situation« notwendig, so der Verfasser, »Ansatzpunkte für eine Fortsetzung der europäischen Entspannung zu finden und zu nutzen«.²² Dennoch begannen erst um den Jahrestag des NATO-Doppelbeschlusses Ende 1980 die Debatten darüber, wie wahrscheinlich ein verhandlungspolitisches Ergebnis über die Mittelstreckenraketen in Genf noch sei.²³ Mit Bedenken bezüglich der Ernsthaftigkeit der Verhandlungsabsichten beider Supermächte artikuliert sich von nun an immer deutlichere Kritik am Kurs der Bundesregierung. Die SPD nahm nicht so sehr an der Beschlussfassung und dem Inhalt der NATO-Entscheidung Anstoß, sondern daran, dass die Bestimmungen des Doppelbeschlusses, und hier vor allem der Verhandlungsteil, nicht ernst genommen würden. So war der Nachrüstungsstreit in der SPD nicht unbedingt eine Debatte um die Entscheidung des Bündnisses, sondern eher um ihre konkrete Ausführung. Der angeblich mangelhafte Verhandlungswille insbesondere der US-amerikanischen Seite unter Präsident Ronald Reagan war das Deutungsparadigma, mit dem sich weite Kreise der SPD von der Nachrüstung distanzieren.

Im sogenannten Bielefelder Appell sammelte sich im Dezember 1980 eine nennenswerte Zahl von Parteimitgliedern und forderte, die »Stationierung atomarer Mittelstreckenraketen in Westeuropa durch die Rücknahme des NATO-Beschlusses« zu verhindern.²⁴ Dieser Appell war die unmittelbare Reaktion auf den sogenannten Krefelder Appell, der wegen seiner Initiierung durch DKP-nahe Kreise im SPD-Spektrum überwiegend als nicht akzeptabel galt.²⁵ Wie der »Bielefelder Appell« zeigte, ging die Kritik an der

20 Vgl. mit weiteren Belegen *Tim Geiger*, Die Regierung Schmidt-Genscher und der NATO-Doppelbeschluss, in: *Gassert/Geiger/Wentker*, Zweiter Kalter Krieg und Friedensbewegung, S. 114–116.

21 Vgl. den Bericht über eine Veranstaltung der sozialdemokratischen »Initiative für Frieden, internationalen Ausgleich und Sicherheit« mit Egon Bahr: *Jens Fischer*, Keine Eiszeit nach Kabul. Der sowjetische Einmarsch hat Grundlagen und Ziele der Entspannung nicht widerlegt, in: *Vorwärts*, 31.1.1980, S. 3; *Karsten D. Voigt*, Standfest in den Sturm. Trotz aller Rückschläge müssen die Bemühungen um Entspannung global fortgesetzt werden, in: *Vorwärts*, 17.1.1980, S. 9.

22 Rolf Linkohr an Willy Brandt, 4.2.1980, AdsD, Willy-Brandt-Archiv (WBA), A11.6, 37.

23 Vgl. die gegensätzlichen Beiträge im *Vorwärts*: *Erwin Horn*, Was unverändert das Ziel bleibt, sowie *Gert Bastian*, Bevor der Wettlauf außer Kontrolle gerät, beide in: *Vorwärts*, 18.12.1980, S. 16–17.

24 »Mut für eine bessere Zukunft«. Sozialdemokraten appellieren an den SPD-Bundesvorstand, die SPD-Bundestagsfraktion, den sozialdemokratischen Bundeskanzler [Bielefelder Appell], abgedr. in: *Blätter für deutsche und internationale Politik* 26, 1981, S. 118–120, hier: S. 118.

25 Der Bundesgeschäftsführer Peter Glotz bat in einem am 8. April 1981 datierten Brief die leitenden Landes- und Bezirksgeschäftsführer sowie die Unterbezirke darum, »die Partei über die Träger und die tatsächlichen Hintergründe des Krefelder Appells zu informieren, damit nicht – vielleicht mit bester Absicht – politischer Schaden entsteht«, AdsD, WBA, A11.5, 30; vgl. auch Intern. Informationsdienst der Sozialdemokratischen Partei Deutschlands, 10.4.1981. Erhard Eppler verweigerte die Unterzeichnung des »Krefelder Appells«, vgl. seinen Schriftwechsel mit Josef Weber, einem Mitinitiator des Appells, vom 30.5.1981 beziehungsweise 5.6.1981, AdsD, Dep. Erhard Eppler, 1/EEAC000063. Der »Krefelder Appell« ist abgedr. in: *Entrüstet Euch. Analysen zur atomaren Bedrohung*, hrsg. v. Bundesvorstand Die Grünen, o. O. [1983], S. 16.

Stationierungsabsicht des Bündnisses zunächst vor allem von Mitgliedern ohne herausgehobene Parteifunktion sowie den unteren Gliederungen aus. Es waren Ortsvereine, Kreisverbände und Unterbezirke, in denen der Doppelbeschluss kritisch diskutiert und seine Logik hinterfragt wurde. In diesem Zusammenhang war der Beschluss der baden-württembergischen SPD vom 3. Mai 1981 in Aalen ein erster Höhepunkt des innerparteilichen Protests gegen die Nachrüstung.²⁶ Die Delegierten des Landesparteitags verlangten die Prüfung der Frage, »ob die Geschäftsgrundlage für den Beschluss des Berliner Parteitages entfallen und eine Revision des Beschlusses« notwendig sei. Neben Baden-Württemberg und den Bezirken Mittelrhein und Hessen-Süd zählten schließlich auch die traditionell linken Landesverbände Bremen, Saarland und Schleswig-Holstein zu den Vorreitern im Protest gegen die Stationierungsabsicht des Bündnisses.²⁷

Der Evangelische Kirchentag vom 17. bis 21. Juni 1981 in Hamburg, der unter dem inoffiziellen Motto »Fürchtet Euch« stattfand (einer bewussten Umkehrung des offiziellen Mottos »Fürchtet Euch nicht«), war sicherlich ein erster Kulminationspunkt des gesamtgesellschaftlichen Protests gegen die Nachrüstung; für die Sozialdemokratie wichtiger war jedoch die Friedensdemonstration am 10. Oktober 1981 auf der Bonner Hofgartenwiese. Denn neben den vielen einfachen Mitgliedern trat im Hofgarten mit dem Präsidiumsmitglied Erhard Eppler zum ersten Mal ein prominenter Sozialdemokrat auf einer großen öffentlichen Kundgebung gegen die Nachrüstung auf. Nicht zuletzt aus diesem Grund kam es im Vorfeld der Demonstration zu einer schweren Konfrontation über Themen der Sicherheitspolitik im Präsidium und im Vorstand der Partei.²⁸ Bemerkenswert daran war vor allem, dass Epplers Rede wie auch die Teilnahme weiterer Sozialdemokraten öffentlich dokumentierten, dass in Fragen der Sicherheitspolitik mittlerweile ein tiefer Riss durch die SPD ging. Zwar gelang es Helmut Schmidt ein halbes Jahr später auf dem Bundesparteitag der SPD in München erneut, eine Mehrheit für seine Politik zu organisieren. Der Preis war jedoch das Zugeständnis an die Nachrüstkritiker, dass ein außerordentlicher Parteitag im Herbst 1983 über die dann vorliegenden Gesprächsergebnisse befinden und die endgültige Haltung der SPD zur Nachrüstung festlegen sollte. Während der sicherheitspolitische Leitantrag also die schon in Berlin eingeführte Denkfigur zuspitzte, dass es »keinen Automatismus der Stationierung geben« dürfe, betonte er gleichzeitig, es dürfe nicht stationiert werden, »bevor die SPD ihre Meinung über die dann vorliegenden Ergebnisse festgelegt« habe.²⁹ Doch dazu sollte es nicht mehr kommen.

Das Scheitern der sozial-liberalen Koalition im September 1982 und der Gang der SPD in die Opposition³⁰ verstärkten die Kritik an der Nachrüstung parallel zu den aussichtslos werdenden Verhandlungen zwischen den Supermächten. Überhaupt wurden diese Deutungsmuster für viele Sozialdemokraten erst zwingend und erreichten die Parteispitze, als mit dem »Herrschaftssicherungsargument« der aus Sicht mancher Kritiker wichtigste Grund für den NATO-Doppelbeschluss entfallen war. Als es keine Regierung mehr zu

26 Vgl. den vom baden-württembergischen SPD-Vorstand verfassten Leitantrag zum Parteitag in Aalen, 24.3.1981, AdsD, Dep. Egon Bahr, 1/EBAA000838.

27 Vgl. *Gode Japs*, Der Kanzler stieß auf Widerspruch. SPD-Parteitag Bremen: Diskussion um Friedenssicherung und Beschäftigungspolitik, in: *Vorwärts*, 10.12.1981, S. 10; *Johann Jul*, NATO-Doppelbeschluss: Ausstieg oder Moratorium? Saarland und Südbayern: SPD diskutiert Friedenspolitik, in: ebd., 12.11.1981, S. 10; Eckart Kuhlwein, »Links, dickschädlich und frei«. Unveröffentlichtes Manuskript über die Entwicklung der SPD Schleswig-Holstein von 1970 bis 2003, Privatarchiv Eckart Kuhlwein, Ammersbek; vgl. *Boll/Hansen*, Doppelbeschluss, S. 215f.

28 Die Eskalation des Streits um die Teilnahme Epplers an der Demonstration zwischen Helmut Schmidt und Willy Brandt ist dokumentiert ebd., S. 216f.

29 Parteitag der Sozialdemokratischen Partei Deutschlands vom 19. bis 23. April 1982 in München, Bd. 2: Angenommene und überwiesene Anträge, hrsg. v. Vorstand der SPD, Bonn 1982, S. 910.

30 Vgl. *Andreas Wirsching*, Abschied vom Provisorium. Geschichte der Bundesrepublik Deutschland 1982–1990, München 2006, S. 18–22.

stützen galt und Helmut Schmidt seinen innerparteilichen Gegnern nicht mehr mit Rücktrittsdrohungen begegnen konnte, erstarkte die Skepsis gegenüber der Stationierung dramatisch. Dennoch forderte zu diesem Zeitpunkt nur eine Minderheit in der SPD den sofortigen Ausstieg aus dem NATO-Beschluss – so zum Beispiel die Jusos (»Aufhebung des sogenannten ›Nach«-Rüstungsbeschlusses«³¹), die SPD-Frauen (dass der »NATO-Beschluß über die Stationierung von Mittelstreckenraketen in Europa schnellstens rückgängig gemacht wird«³²), einzelne Gliederungen³³ und SPD-Politiker (Gerhard Schröder, Oskar Lafontaine, Katrin Fuchs oder Hans-Ulrich Klose³⁴). Die meisten Sozialdemokraten waren bereit, das Ende der Genfer Abrüstungsverhandlungen abzuwarten und dann über die Stationierung zu entscheiden.³⁵

Meilensteine auf dem Weg zur Zurückweisung der Stationierung markierten das »Regierungsprogramm« der SPD zur Bundestagswahl 1983 und ein sicherheitspolitisches Papier, das die Fraktion Anfang Juni 1983 beschloss. Während das auf den Kanzlerkandidaten Hans-Jochen Vogel zugeschnittene Wahlprogramm scharfe Kritik an der Verhandlungspraxis der Supermächte übte und insbesondere Washington zu mehr Konzessionen ermahnte³⁶, bereitete ein vom stellvertretenden Fraktionsvorsitzenden Horst Ehmke erarbeitetes Papier die Abkehr von der Nachrüstung argumentativ vor, indem es ultimativ die rüstungskontrollpolitische Einigung in Genf verlangte und damit drohte, dass alles andere »unsere Entscheidung wesentlich beeinflussen« würde.³⁷ Als die Genfer Gespräche im November 1983 wegen fehlender Kompromissbereitschaft beider Supermächte dann vor dem ergebnislosen Ende standen, lehnte die SPD am 19. November 1983 auf ihrem Kölner Sonderparteitag die Stationierung mit großer Mehrheit ab.³⁸ Dabei lautete das Argument, die SPD sei der Ansicht, dass in Genf nicht alle Möglichkeiten für eine Einigung genutzt worden seien. Sie forderte deshalb weitere Verhandlungen mit dem Ziel, die Stationierung überflüssig zu machen.³⁹

31 Antrag des Bundesvorstandes zum Bundeskongress der Jungsozialisten vom 26. bis 28. Juni 1981 in Lahnstein [»Für eine wirkliche Friedenspolitik – Den NATO-Raketenbeschluss verhindern«], undatiert, AdsD, HSA, 1/HSAA009499.

32 Antrag des Bundesvorstandes zur Bundeskonferenz der Arbeitsgemeinschaft Sozialdemokratischer Frauen vom 15. bis 17. Juni 1981 in Bonn, abgedr. in: Blätter für deutsche und internationale Politik 26, 1981, S. 881.

33 Vgl. exemplarisch den frühen Beschluss der Delegiertenversammlung des SPD-Unterbezirks Bremen-Ost, 29.4.1981, AdsD, SPD-Parteivorstand (SPD-PV), 11175.

34 Vgl. die Debatte auf dem Münchner SPD-Parteitag: Parteitag der Sozialdemokratischen Partei Deutschlands vom 19. bis 23. April 1982 in München, Bd. 1: Protokoll der Verhandlungen, hrsg. v. Vorstand der SPD, Bonn 1982, S. 708–711 (Lafontaine), S. 323–325 (Schröder), S. 723–726 (Fuchs), S. 729–732 (Klose).

35 Vgl. exemplarisch das Referat von Egon Bahr im Rahmen der Arbeitsgruppe II »Friedens- und Sicherheitspolitik«, in: SPD-Parteitag 1982 in München. Bd. 1: Protokoll, S. 305–315.

36 Vgl. Regierungsprogramm der SPD 1983–1987. Beschlossen vom Wahlparteitag der SPD am 21. Januar 1983 in Dortmund, hrsg. v. Vorstand der SPD, Bonn 1983, S. 55.

37 Handreichung zur Politik des westlichen Bündnisses, zur Strategie-Debatte und zu den Genfer Verhandlungen, in: Vor der Genfer Entscheidung. Friedenspolitische Aktivitäten der SPD im Herbst 1983, hrsg. v. der SPD-Bundestagsfraktion, Bonn 1983, S. 3–7, hier: S. 6.

38 Nur 14 Delegierte votierten für die Stationierung, neben Helmut Schmidt handelte es sich unter anderem um Hans Apel, Georg Leber, Hans Matthöfer, Annemarie Renger und Hans-Jürgen Wischnewski, vgl. Vor Bundestagsdebatte und Raketenstationierung gibt die SPD Schmidts Politik auf, in: Frankfurter Allgemeine Zeitung, 21.11.1983.

39 Vgl. Bundesdelegierten-Konferenz und Außerordentlicher Parteitag der Sozialdemokratischen Partei Deutschlands vom 18. bis 19. November 1983 in Köln. Protokoll der Verhandlungen und Dokumentarischer Anhang, hrsg. v. Vorstand der SPD, Bonn 1983, S. 198f.

II. HALTUNGEN ZUR NACHRÜSTUNG IN DER SPD

Das sicherheitspolitische Grundprinzip, auf dessen Hintergrund über die Nachrüstung gestritten wurde, war die Gleichgewichtsidee. Insbesondere Helmut Schmidt, der sich schon in seiner Zeit als Verteidigungsexperte der Fraktion 1961 programmatisch mit ihr auseinandergesetzt hatte⁴⁰, galt in Deutschland und der westlichen Welt als Theoretiker dieses Prinzips schlechthin. Dabei war »Gleichgewicht« nicht etwa eine Erfindung Schmidts, sondern Kernbestandteil der NATO-Doktrin⁴¹; der Bundeskanzler war jedoch einer der ersten westeuropäischen Politiker gewesen, die das Prinzip mit wissenschaftlichem Anspruch zu durchdringen versucht hatten. Sein noch als Verteidigungsminister 1970 publiziertes Buch »Strategie des Gleichgewichts« formulierte den Deutungsanspruch, dass Sicherheit nur auf einem »gegenseitige[n] Patt der nuklearen Abschreckung« beruhen könne.⁴² Während das »Wissen um die Labilität des Gleichgewichts auf beiden Seiten« zur permanenten Verbesserung der jeweils eigenen Waffensysteme führe, sollte nach Schmidt das hier seinen Ausgang nehmende Wettrüsten durch politische Vereinbarungen gemindert werden. Schmidts sicherheitspolitische Konzeption beruhte demnach nicht allein auf »Gleichgewicht«, sondern dachte den rüstungskontrollpolitischen Ansatz integrativ mit.⁴³ In diesem Sinne war es in seiner Wahrnehmung wichtig, »dass es eben keine Sicherheit gegen den anderen, sondern nur eine Sicherheit mit dem anderen zusammen geben kann«.⁴⁴ Diese gemeinsame Sicherheit, für die er 1978 in einer Rede vor der 10. Sondergeneralversammlung der Vereinten Nationen zu Fragen der Abrüstung in New York den Begriff der »Sicherheitspartnerschaft« einführte⁴⁵, sollte auf dem Verhandlungsweg und nur im Notfall durch Rüstung erreicht werden.

Auch die Entscheidung der NATO von 1979 – Verhandlungen mit der Sowjetunion und gegebenenfalls Stationierung neuer Nuklearwaffen – koppelte die Grundsätze von »Gleichgewicht« und »Rüstungskontrolle« zu einer Argumentationsfigur. Für diese Disposition, die für Schmidt wie für die meisten führenden Persönlichkeiten der NATO prägend war, schien es essenziell, dass mit der Sowjetunion verhandelt und bei einem Scheitern der Gespräche stationiert werden müsse.⁴⁶ Gegenüber dem SED-Generalsekretär Erich Honecker unterstrich Schmidt, dass ihn »die außerordentliche Aufrüstung der Sowjetunion gerade auf dem Gebiet der Mittelstreckenwaffen mit größter Sorge« erfülle, da das Gleichgewicht »durch die sowjetischen Rüstungsmaßnahmen zunehmend in bedrohlicher Weise gestört« werde.⁴⁷ In seiner Sicht war das westliche Angebot deshalb der »einzige erfolgsversprechende Weg, um in diesem Bereich Stabilität« zu erzielen. Im Bundestag

40 Vgl. *Helmut Schmidt*, *Verteidigung oder Vergeltung*. Ein deutscher Beitrag zum strategischen Problem der NATO, Stuttgart 1961, insb. S. 26–28.

41 Die von der NATO erklärte doppelte Bereitschaft zu Verteidigungsanstrengungen *und* Rüstungskontrolle mit dem Ziel des Gleichgewichts fand ihren Ausdruck im Harmel-Bericht von 1967, vgl. Bulletin Nr. 149/1967, S. 1257f.

42 *Helmut Schmidt*, *Strategie des Gleichgewichts*. Deutsche Friedenspolitik und die Weltmächte, Stuttgart 1970, S. 63.

43 Vgl. auch Helmut Schmidt an Ingeborg Drewitz, 22.1.1981, AdsD, HSA, 1/HSAA006816.

44 Helmut Schmidt, Rede zum Jahresempfang der Evangelischen Akademie Tutzing am 26. Januar 1982, 26.1.1982, ebd., 1/HSAA010437.

45 Die Rede ist abgedr. in: NG 25, 1978, S. 668–674.

46 Vgl. Helmut Schmidt, Manuskript der Ansprache auf dem SPD-Landesparteitag Nordrhein-Westfalen am 2. Februar 1980 in Bochum, undatiert, AdsD, HSA, 1/HSAA010435; vgl. auch die Ausführungen zur Sicherheitspolitik in der Regierungserklärung Helmut Schmidts nach der Bundestagswahl 1980: Deutscher Bundestag, 9. Wahlperiode, 5. Sitzung, 24.11.1980, insb. S. 26, URL: <<http://dip21.bundestag.de/dip21/btp/09/09005.pdf>> [12.2.2012].

47 Helmut Schmidt an Erich Honecker, 4.5.1981, Bundesarchiv (SAPMO-BArch), Berlin, DY 30/2407, Bl. 16–22, hier: Bl. 17.

bezeichnete Verteidigungsminister Hans Apel es als richtig und notwendig, die »Verhandlungen und die Gegenmaßnahmen parallel laufen zu lassen«. ⁴⁸ Es gehe darum, deutlich zu machen, dass »Verteidigungspolitik und Rüstungskontrollpolitik ein Ganzes sind«. Schmidt und Apel ließen an der Verbindung von Gleichgewicht und Rüstungsbegrenzung genauso wenig Zweifel aufkommen wie daran, dass es die Sowjetunion war, die mit ihrer Aufrüstung, dem Afghanistan-Einmarsch und den zahllosen Propaganda-Manövern im Umfeld der Verhandlungen über die Mittelstreckenwaffen in Genf für die gegenwärtige Krise der Ost-West-Beziehungen hauptverantwortlich war. ⁴⁹ Der Vorsitzende des Unterbezirks Recklinghausen, Horst Niggemeier, als Mitglied der Kommission für Sicherheitspolitik beim SPD-Vorstand ein entschiedener Verfechter des Doppelbeschlusses, betonte, dass er das »Offensivpotential des Warschauer Paktes als Bedrohung« empfinde. Auch wenn er »dem Osten keine aggressiven Absichten« unterstellen wolle, interpretiere er es doch als »große weltpolitische Tragik«, dass die »Sowjetunion eine militärische Aufrüstung ohne Beispiel durchführte«, während »wir im Westen für Entspannung und Abrüstung optierten«. ⁵⁰ In den Augen der Befürworter des NATO-Doppelbeschlusses musste hier etwas unternommen werden.

Gegen eine solche Position, die innerhalb der SPD vorwiegend im eher konservativen Spektrum des »Seeheimer Kreises« artikuliert wurde, sammelte sich eine stetig größer werdende Zahl von Sozialdemokraten. ⁵¹ Die Kritik an der Nachrüstung und der Argumentation der Regierungsspitze wurde dabei sowohl auf einer formalen wie auch auf einer inhaltlichen Ebene vorgetragen. Formal hieß es in den Jahren ab 1980 immer wieder, eine Überprüfung des Berliner Parteitagebeschlusses sei notwendig, weil eine veränderte Situation entstanden sei. Hier wurden die Nicht-Ratifikation des SALT-II-Abkommens durch den US-amerikanischen Senat angeführt ⁵² und »Zweifel an der Ernsthaftigkeit des amerikanischen Verhandlungswillens« ⁵³ geäußert. Während die SPD auf ihrem Parteitag 1979 die Erwartung geäußert hatte, dass SALT II rasch ratifiziert werde, da bei einem Scheitern des Abkommens »durch ein Nachrüsten im Bereich der nuklearen Mittelstreckensysteme die Gefahren eines neuen Rüstungswettlaufs gefährlich steigen und eine neue Lage schaffen« würden ⁵⁴, führte das Ausbleiben der Ratifizierung im US-Senat dazu, dass beim SPD-Vorstand zahlreiche Briefe von Ortsvereinen eingingen, die die Rücknahme der Zustimmung zum NATO-Doppelbeschluss forderten. ⁵⁵ Als der stellvertretende Fraktionsvorsitzende Horst Ehmke aus den USA berichtete, dass der Vertrag nach den

48 Deutscher Bundestag, 8. Wahlperiode, 141. Sitzung, 8.3.1979, S. 11147, URL: <<http://dip21.bundestag.de/dip21/btp/08/08141.pdf>> [12.2.2012].

49 So Helmut Schmidt an Leonid Breschnew, 8.12.1980, AdsD, Dep. Egon Bahr, 1/EBAA000955; vgl. auch Helmut Schmidt, Tonbandabschrift der Rede auf dem 30. Landesparteitag der bayrischen SPD am 17. Mai 1981 in Wolftrathausen, undatiert, AdsD, HSA, 1/HSAA010436.

50 Horst Niggemeier, Ausführungen anlässlich des Empfangs der Stadt Datteln am 13.11.1980 zum 25jährigen Bestehen der Bundeswehr, 13.11.1980, AdsD, SPD-PV, Kommission für Sicherheitspolitik, 2/PVAD000013.

51 In der Forschungsliteratur sind bereits einige Vorschläge zur Systematisierung der divergierenden innerparteilichen Strömungen vorgetragen und diskutiert worden, vgl. *Risse-Kappen*, Die Krise der Sicherheitspolitik, S. 97–123; *Boll/Hansen*, Doppelbeschluss, S. 207–212.

52 Das SALT-Abkommen sah die beiderseitige Begrenzung strategischer Nuklearwaffen vor. Erst dadurch wurden die Disparitäten im Mittelstreckenbereich virulent. Vgl. *Geiger*, Die Regierung Schmidt-Genscher, S. 98f. und 106.

53 *Hermann Scheer*, Zweifel an der Ernsthaftigkeit des amerikanischen Verhandlungswillens, in: Vor der Genfer Entscheidung, S. 18.

54 Parteitag der SPD 1979 in Berlin, Bd. 2: Anträge, S. 1242–1243.

55 Vgl. Übersicht über die dem Parteivorstand – Referat Organisation – zugegangenen Anträge aus der Organisation für den Zeitraum vom 6. Juli – 3. August 1981, undatiert, AdsD, HSA, 1/HSAA009805.

Präsidenten- und Kongresswahlen »sowohl in der neuen Regierung als auch im neuen Senat keine Chance mehr« habe⁵⁶, war die entspannungskritische Umorientierung der US-Administration für viele SPD-Mitglieder das entscheidende Argument, mit dem die Rücknahme der Einwilligung in die Nachrüstung gefordert wurde. So hieß es in einem Antrag des Kreisverbands Nürnberg an den Landesparteitag in Wolfratshausen, die SPD solle den NATO-Doppelbeschluss widerrufen, »da die Bedingungen, unter denen zugestimmt wurde [...], nicht erfüllt« seien.⁵⁷

Auf der inhaltlichen Ebene fand dieses Argument seine Entsprechung im Narrativ, dass der NATO-Doppelbeschluss und die drohende Stationierung die Entspannungs- und Verständigungspolitik mit der Sowjetunion aufs Spiel setzen würde. In einem vieldeutigen Brief an Schmidt prophezeite Egon Bahr, dass »die Entspannung zu Ende« wäre, wenn die Nachrüstung käme.⁵⁸ Dagegen verlange das »deutsche Interesse« die »Erhaltung unserer eigenständigen Entspannungspolitik«. Die Abkehr davon würde, so mahnte Bahr den Kanzler, die Aufgabe dessen bedeuten, »was Du als das eine historische Verdienst von Willy bezeichnet hast«. Nicht nur würde das Ende der Entspannung die Arbeit »der sozial-liberalen Koalition hinfällig machen«, sondern auch eine kriegerische Auseinandersetzung immer wahrscheinlicher werden lassen. Dies war ein gängiges Deutungsmuster in vielen sozialdemokratischen Äußerungen. In seinem Buch »Wege zur Abrüstung« argumentierte der SPD-Abgeordnete Karsten Voigt, die Stationierung der Mittelstreckenwaffen würde »auf längere Sicht das Risiko eines Kriegsausbruches erhöhen«.⁵⁹ Sofern bislang die kriegsverhütende Funktion des Abschreckungssystems »auf der Fähigkeit der Atomkräfte zur wechselseitigen Vernichtung« beruht habe, entstehe nun mit der »Tendenz zur Präzisierung und ›Härtung‹ der strategischen Zerstörungsmittel« eine Situation, »in der eine Seite mit einem ersten Nuklearschlag das Potential des Gegners auszuschalten imstande ist, so dass ein Angriff wieder militärisch erfolgversprechend erscheinen könnte«. In diesem Argument machte die Stationierung der Marschflugkörper und Pershing-Raketen eine atomare Offensive beinahe zwangsläufig. Es war der Saarbrücker Oberbürgermeister Oskar Lafontaine, der deshalb den »Countdown zum nuklearen Holocaust« anlaufen sah.⁶⁰ Erhard Eppler, mit Lafontaine die Galionsfigur der sozialdemokratischen Nachrüstungskritik, analysierte 1983 in einem viel beachteten Buch das strategische Denken der NATO und kam zu dem Schluss, dass es auf einer »tödlichen Utopie der Sicherheit« gründete.⁶¹ So waren sich viele Sozialdemokraten darin einig, dass das Spiel

56 Horst Ehmke, Bericht über die Lage in den USA nach den Wahlen, 28.1.1981, ebd., 1/HSAA 006819.

57 Antrag des SPD-Unterbezirks Nürnberg zum 30. Landesparteitag der SPD Bayern in Wolfratshausen, undatiert, ebd., 1/HSAA009652.

58 Egon Bahr an Helmut Schmidt, 2.6.1979, AdsD, Dep. Egon Bahr, 1/EBAA000953. Dieser Brief, der deutlich vor die Verabschiedung des NATO-Doppelbeschlusses datiert, ist noch in einer anderen Hinsicht aufschlussreich, wirft er doch ein bezeichnendes Licht auf den frühen Widerstand Bahrs gegen den sicherheitspolitischen Kurs Schmidts. Auf eine Rücktrittsdrohung Schmidts am 16. Mai 1979 in kleiner Runde im Kanzleramt anspielend, schrieb Bahr: »Der Kurs bei TNF würde [...] meine Fähigkeit zerstören, in meiner gegenwärtigen Rolle zu dienen, auch, soweit sie über die reinen Funktionen des Bundesgeschäftsführers hinausgehen«. Die Antwort Schmidts folgte einige Tage später: »Vorsorglich bitte ich Dich, mein bisheriges Schweigen zu Deinem Brief nicht als Zustimmung zu werten. Vielmehr halte ich an meiner Auffassung fest, die ich in unserem Gespräch dargelegt habe. Wir sollten uns vorbehalten, bei der Bedeutung dieser Sache ein weiteres Mal darüber zu reden«. Helmut Schmidt an Egon Bahr, 22.6.1979, ebd.

59 Karsten D. Voigt, Wege zur Abrüstung, Frankfurt am Main 1981, S. 45.

60 Oskar Lafontaine, Nato-Beschluss widerspricht Parteitag '79, in: Sozialdemokrat Magazin, 1982, Nr. 4, S. 15.

61 Erhard Eppler, Die tödliche Utopie der Sicherheit, Reinbek 1983.

»mit dem Atomfeuer«⁶² in einen nuklearen Schlagabtausch zwischen den Vereinigten Staaten und der Sowjetunion über Europa münden müsse. Dieser nukleare Krieg würde aber das Ende Europas, wenn nicht gar des Planeten in seiner bekannten Form bedeuten. Hier fand die Sozialdemokratie Anschluss an die in der Friedensbewegung diskutierten Atomkriegsszenarien und -erzählungen darüber, welche Verwüstungen ein Nuklearschlag hinterlassen würde.⁶³

Die Angst vor einer nuklearen Apokalypse war der Kern der Nachrüstungskritik.⁶⁴ Eine Flut von Papierschnipseln, die im Büro des Bremer Bürgermeisters Hans Koschnick einging, enthielt nur denselben großgeschriebenen, schlichten Satz »Ich habe Angst vor dem Atomtod«⁶⁵, der symptomatisch für die verbreitete Furcht vor der nuklearen Katastrophe stehen kann. Eine Genossin aus Bayern schrieb: »Ich habe Angst. Angst um mein Leben, das ich vor 25 Jahren begonnen habe. Denn mein Leben und das Leben aller Menschen in der Bundesrepublik gerät immer mehr in Gefahr vernichtet zu werden«. Während ein anderer Petent der Parteizentrale im Bonner Erich-Ollenhauer-Haus mitteilte, er »habe Angst vor der Zerstörung unseres Planeten durch Wahnsinnige! Bitte helfen Sie mit, diesen Wahnsinn zu stoppen. Seien Sie Sozialdemokraten!«, brachten manche Mitglieder ihre Angst damit zum Ausdruck, dass sie Postkarten schickten, die von Nuklearstrahlung deformierte Menschenkörper zeigten. Die in den Zuschriften deutlich werdende kollektive Furcht vor einer nuklearen Apokalypse speiste sich, wie Eckart Conze argumentiert hat, aus einer tiefen Skepsis gegenüber der technischen Moderne und dem Glauben an die Rationalität von Fortschritt.⁶⁶

Es war diese »Angst vor dem Atomtod«, die bei vielen Sozialdemokraten eine intensive Beschäftigung mit der offiziellen Sicherheitspolitik, mit militärischen Strategien und nuklearen Doktrinen motivierte. Ganze Ortsvereine und Unterbezirke durchliefen sicherheitspolitische Schnellkurse und lernten mit den Raketentypen, -reichweiten und -sprengkräften umzugehen – mal mehr, mal weniger gut.⁶⁷ Die sich so herausbildende sicherheitspolitische Öffentlichkeit war gewiss ein entscheidender Grund dafür, dass die Nachrüstungsdebatte in der Partei teilweise auf durchaus bemerkenswertem Niveau geführt wurde. Und sie war auch der Nährboden für die alternativen Verteidigungskonzepte, die für die Debatte charakteristisch wurden.⁶⁸ Möglich war diese Akademisierung des Nachrüstungsstreits nur vor dem Hintergrund der erheblichen Veränderung in der Sozialstruktur der SPD-Funktionäre, des Vordringens von Studenten und Akademikern seit den 1960er Jahren.⁶⁹

Es soll hier nicht darum gehen, die komplexen militärischen und strategischen Argumente gegen die Nachrüstung zu rekonstruieren, wie sie in der SPD diskutiert wurden.

62 Arbeitskreis Frieden und Abrüstung der Arbeitsgemeinschaft Sozialdemokratischer Frauen im Unterbezirk Wiesbaden an Willy Brandt, Gefährdung des Weltfriedens, 21.8.1981, AdsD, WBA, A11.6, 41.

63 Zu den Atomkriegsszenarien in der Friedensbewegung *Schregel*, *Der Atomkrieg*, S. 137–184.

64 Vgl. dazu *dies.*, *Konjunktur der Angst. »Politik der Subjektivität« und »neue Friedensbewegung«, 1979–1983*, in: *Bernd Greiner/Christian Th. Müller/Dierk Walter* (Hrsg.), *Angst im Kalten Krieg*, Hamburg 2009, S. 495–520.

65 Zuschriften an den Parteivorstand, AdsD, SPD-PV, Kommission für Sicherheitspolitik, 2/PVAD 000018. Auch die nächsten Zitate sind dieser Mappe entnommen.

66 Vgl. *Conze*, *Modernitätsskepsis und die Utopie der Sicherheit*, Abs. 9f.

67 Vgl. exemplarisch den von Janos Trencseni verfassten, bemerkenswerten Bericht des Arbeitskreises für Politik im SPD-Ortsverein Sindelfingen, 1981/82, AdsD, SPD-PV, 2/PVEH000299.

68 Vgl. den Überblick über alternative Verteidigungskonzepte im Bericht »Kriegsverhinderung im Atomzeitalter« der Arbeitsgruppe »Neue Strategien« beim SPD-Parteivorstand, abgedr. in: *Politik. Aktuelle Informationen der SPD*, Nr. 9, Juli 1983; zu dieser Thematik aus kritischer Perspektive: *Frau und Gesellschaft. Sozialdemokratischer Informationsdienst*, *Argumente* Nr. 18, September 1982, AdsD, SPD-PV, 9383.

69 Vgl. *Faulenbach*, *Das sozialdemokratische Jahrzehnt*, S. 274ff.

Der wichtigste Einwand im sozialdemokratischen Spektrum zielte auf das Ende der Entspannung, die drohende Kriegsgefahr und die sich damit verbindende Angst vor einer nuklearen Katastrophe. Ein weiteres Moment trat hinzu, das gerade für die Diskussion im linken Spektrum von Bedeutung war. So forderten viele SPD-Mitglieder, dass die hohen Ausgaben für den Verteidigungshaushalt zugunsten eines Ausbaus der Entwicklungshilfe oder des Sozialstaats umgeschichtet werden sollten. Es war Willy Brandt, der die Nord-Süd-Problematik in den Nachrüstungsstreit einführte, indem er ein globales Umdenken verlangte, das Abrüstung als Voraussetzung für die Überwindung des Hungers in den Entwicklungsländern anerkannte.⁷⁰ Wenn für Rüstung jährlich das 25-fache der Entwicklungsausgaben bereitstehe, so rechnete Brandt vor, binde sie zu viele finanzielle Ressourcen, die dringend zur Linderung der Not in den Entwicklungsländern gebraucht würden.⁷¹ In diesem Argument traf sich der wohlfahrtsstaatliche Impetus der Sozialdemokratie mit dem internationalistischen und antimilitaristischen Anliegen zu einem wirkmächtigen Deutungsdispositiv. Das Credo »Entwicklungspolitik ist Friedenspolitik«⁷² war gerade deshalb eine so gern verwendete Denkfigur, weil es verschiedene sozialdemokratische Traditionen geschickt bündelte.

Diejenigen Sozialdemokraten, deren Augenmerk nicht so sehr auf die Entwicklungsländer gerichtet war, sondern auf den Ausbau staatlicher Zuwendungen, konnten das Argument auch sozialpolitisch wenden und die Intensivierung entsprechender wohlfahrtsstaatlicher Programme fordern. Schon der »Bielefelder Appell« verlangte unter dem Schlagwort »soziale Sicherheit statt militärischer Aufwand« die Kürzung des Rüstungs-etats.⁷³ Auch der SPD-Abgeordnete Karl-Heinz Hansen skizzierte eine grundsätzlich andere Verteidigungspolitik, die »die Verteidigung des Anspruchs auf soziale Fürsorge« leisten sollte.⁷⁴ Nach Dafürhalten Karsten Voigts musste die Friedensbewegung »Arbeiterbewegung und die Arbeiterbewegung muss[te] Friedensbewegung werden«.⁷⁵ Insofern war der Nachrüstungsstreit in der SPD auch ein ordnungspolitischer Diskurs um den Zusammenhang von Wirtschaftswachstum, Rüstungsausgaben und Sozialstaat, in dem die Partei Grundsatzfragen ihrer sozialdemokratischen Identität neu bestimmen konnte.

III. DIE SPD UND DER AUßERPARLAMENTARISCHE PROTEST

Die Rede von der SPD als »Friedenspartei« ist stets ein wichtiges historisches Narrativ unter Sozialdemokraten gewesen.⁷⁶ Der Verweis auf die antimilitaristischen und antiim-

70 Vgl. die Kurzfassung des Berichts der unter Brandts Vorsitz arbeitenden »Unabhängigen Kommission für Internationale Entwicklungsfragen«, in: Vorwärts, 6.3.1980, S. 15–18; vgl. dazu auch Department of State Briefing Paper, The Brandt Commission Report on North-South Issues, 26.2.1980, Carter Library, Brzezinski Material: VIP Visit File, b 5, folder »Germany, Chancellor Schmidt, 3/4–6/80: Briefing Book [I]«, *Michel*, Willy Brandts Amerikabild, S. 427–438.

71 Vgl. *Willy Brandt*, Abrüstung und Entwicklung – »Wir brauchen eine fundamentale Umorientierung«, in: NG 25, 1978, S. 749–751; *ders.*, Der organisierte Wahnsinn. Wettrüsten und Welt hunger, Köln 1985, S. 11.

72 *Willy Brandt*, Entwicklungspolitik ist Friedenspolitik, in: *Horst Ehmke/Karlheinz Koppe/Herbert Wehner* (Hrsg.), Zwanzig Jahre Ostpolitik. Bilanz und Perspektiven, Bonn 1986, S. 249–258.

73 »Mut für eine bessere Zukunft« [Bielefelder Appell], S. 118.

74 *Karl-Heinz Hansen*, Leben und Überleben. Ansichten und Aussichten, in: *Jürgen Reents* (Hrsg.), Es grünt so rot. Alternativen zwischen Mode und Modell, Hamburg 1982, S. 72–88, hier: S. 88.

75 *Karsten D. Voigt*, Wir brauchen eine neue Friedensbewegung. Zehn Thesen zur friedenspolitischen Aufgabe der demokratischen Linken, in: Vorwärts, 26.6.1980, S. 10.

76 Vgl. dazu *Longerich*, Die SPD als »Friedenspartei«, S. 356ff.

perialistischen Traditionen in der Arbeiterbewegung erlebte zu Beginn der 1980er Jahre eine Renaissance, als Willy Brandt im Kontext der Debatte um die Nachrüstung formulierte, die SPD sei »die eigentliche politische Friedensbewegung in unserem Land«. ⁷⁷ Brandt begründete diesen Anspruch mit seiner Politik des Ausgleichs gegenüber den Staaten des Warschauer Pakts sowie mit der Gleichgewichts- und Rüstungskontrollpolitik, die in sozialdemokratischen Deutungen die Voraussetzung für Frieden und Stabilität in Europa geschaffen hatten. Unumstritten war dieser Anspruch nicht. Er geriet insbesondere dort in die Kritik, wo Teilen der SPD die Entspannungsbereitschaft und der Abrüstungswille von Parteispitze und Regierung nicht weit genug ging. Die Jusos, die SPD-Frauen, etliche Orts-, Kreis- und Unterbezirke sowie eher links orientierte Bundestagsabgeordnete und Vorstandsmitglieder beteiligten sich an den Protestaktionen der Friedensbewegung und bekannten sich innerhalb der Partei dazu. ⁷⁸ Angesichts dieser im Laufe des Nachrüstungsstreits immer deutlicher werdenden Tendenz ist es schwierig, besagte Spektren der SPD klar von der Friedensbewegung zu trennen. ⁷⁹

Aus Sicht des Großteils der SPD-Führung war die Mitarbeit von Sozialdemokraten in der Friedensbewegung misslich. Insbesondere Helmut Schmidt drang in den Gremien der Partei darauf, dass die SPD in ihren offiziellen Stellungnahmen Distanz zur außerparlamentarischen Bewegung hielt. Dabei bediente er sich gern zweier Denkfiguren, die Unterstützung für seine Sicherheitspolitik mobilisieren sollten. Zum einen betonte er, dass die auf den Prinzipien des Gleichgewichts und der Rüstungskontrolle basierende Verteidigungsphilosophie den einzigen realistischen Weg darstellte, um das Wettrüsten abzu-bremsen und den Frieden zu sichern. ⁸⁰ Da aus seiner Sicht die Ziele der Friedensbewegung nicht realisierbar waren, lehnte er nicht nur die Zielvorstellungen der Bewegung, sondern auch die Aktivitäten von SPD-Mitgliedern in ihr ab. Gegenüber Willy Brandt verlangte Schmidt, alle Mitglieder der Partei »zu ersuchen«, sich von Veranstaltungen der Friedensbewegung »fernzuhalten«. ⁸¹ Vor der SPD-Bundestagsfraktion betonte er, dass die Öffentlichkeit und die Medien eventuelle Aktivitäten von SPD-Mitgliedern in der Bewegung als »Kampfansage gegen die Außen- und Sicherheitspolitik der Bundesregierung« begreifen würden. Dies »kann mir und der Bundesregierung nicht gleichgültig sein«. ⁸² Daneben war der Hinweis auf das in manchen Teilen der Friedensbewegung ungeklärte Verhältnis zur Gewalt als Ausdrucksform von Protest ein anderes wichtiges Argumentationsmuster, das Schmidt häufig gegen eine Beteiligung von Sozialdemokraten an Aktionen der Friedensbewegung in Anschlag brachte. ⁸³

Zum anderen fiel es Schmidt erkennbar schwer, die Kritik an seiner Sicherheitspolitik in ihrem Kernanliegen zu verstehen. In seiner Wahrnehmung standen hinter den Protesten der Friedensbewegung »zum Teil sachliche Gründe, zum Teil nur schwer erklärbare

77 Willy Brandt, Vorwort, in: Die Friedenspartei SPD. Argumente, Grundpositionen und Stellungnahmen zur deutschen Friedenspolitik 1981 (Forum Frieden), hrsg. v. Vorstand der SPD, Bonn 1981, S. 3.

78 Vgl. exemplarisch das Schreiben des SPD-Unterbezirkvorstands Bonn an die Mitglieder der SPD Bonn, in dem zur Teilnahme an Aktionen der Friedensbewegung aufgerufen wurde, 1.10.1983, AdsD, Dep. Horst Ehmke, 1/HEAA000875; dazu auch SPD-Bezirk Mittelrhein, [Materialien zur Vorbereitung und Durchführung von Friedensaktionen], Juli 1983, AdsD, Dep. Karsten D. Voigt, H 31.

79 Vgl. Thomas Leif, Die strategische (Ohn-)Macht der Friedensbewegung. Kommunikations- und Entscheidungsstrukturen in den achtziger Jahren, Opladen 1990, insb. S. 46–50.

80 Vgl. SPD-Parteitag 1982 in München, Bd. 1: Protokoll, S. 149.

81 Helmut Schmidt an Willy Brandt, 16.9.1981, AdsD, Dep. Erhard Eppler, 1/EEAC000115.

82 Helmut Schmidt, Sprechzettel für die Fraktionssitzung am 6. Oktober 1981 zur Bonner Friedensdemonstration, 5.10.1981, AdsD, HSA, 1/HSAA010724.

83 Vgl. exemplarisch die Tonbandabschrift der Rede Helmut Schmidts am 16. Mai 1981 in Recklinghausen, undatiert, ebd., 1/HSAA010436.

Ängste«. ⁸⁴ Während er die »sachlichen Gründe« für nicht stichhaltig hielt und deshalb zurückwies, waren die »schwer erklärbaren Ängste« das Movens der Friedensbewegung, das sich ihm nicht erschloss. Er äußerte zwar Verständnis für manche von den Protestierenden artikulierte konkrete Kritik, die kollektive Furcht vor der nuklearen Apokalypse verstand er aber nicht. Vielmehr setzte Schmidt dem Angstdiskurs der Friedensbewegung einen eigenen Begriff von Angst entgegen, der im Kern darauf gründete, dass die Prinzipien der offiziellen Sicherheitspolitik nicht länger durchsetzbar waren. Die Angst vor dem »nuklearen Tod« beantwortete Schmidt mit seiner Sorge vor einem militärischen Ungleichgewicht, das seinerseits in die nukleare Katastrophe führen musste.

In der Bundestagsdebatte, die der Demonstration im Bonner Hofgarten 1981 voranging, versicherte Schmidt den Protestierenden, dass auch er Angst um den Frieden habe. Er begründete diese Furcht um das Gleichgewicht und das Funktionieren der Abschreckung explizit durch seine persönlichen Erfahrungen im Zweiten Weltkrieg und bat die Demonstranten, »dass unsere innere Betroffenheit, dass unsere unverdrängbare eigene Erfahrung im Laufe von 50 und 60 Lebensjahren bitte auch ernst genommen werden«. ⁸⁵ Das auf persönliches Erinnern rekurrierende Legitimierungsmuster Schmidts kontrastierte scharf mit dem Prophetismus der Friedensbewegung. Während Nachrüstungsgegner in der SPD kollektive Ängste artikulierten, die auf eine apokalyptische Zukunft gerichtet waren, beurteilten die Befürworter des NATO-Doppelbeschlusses die Angst nur dann als gerechtfertigt, wenn sie sich auf individuelle Erfahrungen gründete. So war der Angstdiskurs im Nachrüstungsstreit nicht nur spezifisch für die Stationierungskritiker, sondern fand seine Entsprechung bei den Unterstützern der Philosophie des Doppelbeschlusses. Allerdings standen hier grundsätzlich verschiedene Geschichts- und Zukunftsbilder miteinander in Konflikt.

Es ist aufschlussreich zu erwähnen, wie es auch für Schmidt, Brandt und andere führende Sozialdemokraten feststand, dass die innerhalb und außerhalb der Partei vorgebrachte Nachrüstungskritik das Spezifikum einer jüngeren Generation war. Das Sprechen über den Protest gegen die Raketenstationierung wurde deshalb semantisch wie analytisch sehr häufig mit Begriffen wie »Jugend«, »Heranwachsende« oder »junge Erwachsene« verquickt. ⁸⁶ Im Bundestag wandte sich Schmidt explizit »an alle Jüngeren«, an »viele junge Menschen« und an »jüngere Leute« und versuchte, ihnen die Prinzipien seiner Politik verständlich zu machen. ⁸⁷ Der SPD-Vorstand berief sogar eine eigenständige Arbeitsgruppe zum »Jugendprotest« ⁸⁸, die parallel zur Enquete-Kommission des Bundestags »Jugendprotest im demokratischen Staat« arbeitete. ⁸⁹ Die Interpretation der Nachrüstungskritik

84 Helmut Schmidt, Sprechzettel für die Fraktionssitzung am 8. Dezember 1981 zum Ausblick auf das Jahr 1982, 7.12.1981, ebd., 1/HSAA010726; vgl. auch Helmut Schmidt, Abschrift der Äußerungen vor der SPD-Fraktion am 26. Juni 1981, 1.7.1981, ebd., 1/HSAA006562.

85 Deutscher Bundestag, 9. Wahlperiode, 57. Sitzung, 9.10.1981, S. 3325, URL: <<http://dip21.bundestag.de/dip21/btp/09/09057.pdf>> [12.2.2012].

86 Horst Ehmke, Notizen zu »Jugend, Staat«, Speyer, 15.1.1983, AdsD, Dep. Horst Ehmke, 1/HEAA000695; Antje Huber an die Mitglieder des Deutschen Bundestages, Zur aktuellen Situation der Jugend in der Bundesrepublik Deutschland, 14.5.1981, AdsD, HSA, 1/HSAA010105; Bernd Schoppe an Helmut Schmidt, Einstellung und Erwartung der Jugend, 9.10.1980, AdsD, Dep. Egon Bahr, 1/EBAA000832.

87 Deutscher Bundestag, Stenografische Berichte, 9.10.1981, S. 3324 und 3325.

88 Vgl. SPD und Jugendprotest. Thesen der Ad-hoc-Arbeitsgruppe Jugend beim SPD-Parteivorstand, in: Politik. Aktuelle Informationen der Sozialdemokratischen Partei Deutschlands, Juni 1981; dazu *Gode Japs*, Nicht nur auf Stimmenfang. SPD-Studie zum Jugendprotest fordert »ernsthafte Änderung der Politik«, in: Vorwärts, 18.6.1981, S. 4.

89 Vgl. Herbert Wehner an die Mitglieder der SPD-Bundestagsfraktion, Zwischenbericht der Enquete-Kommission »Jugendprotest im demokratischen Staat« – Zusammenfassung, 6.5.1982, AdsD, HSA, 1/HSAA010106; vgl. ferner Jugend 81: Lebensentwürfe, Alltagskulturen, Zukunftsbilder, hrsg. v. Jugendwerk der Deutschen Shell, Hamburg 1981.

als Anliegen einer jüngeren Generation war ein Wahrnehmungsdispositiv nicht nur in der Sozialdemokratie. Verknüpften die jeweiligen Sprecher den Begriff »Jugend« mit Konnotationen wie »Unerfahrenheit«, »Unwissenheit« und »Aufmüpfigkeit«, ließ sich dadurch ein wirkmächtiges Narrativ konstruieren, in dem die Kritik an der Stationierung als Anliegen einer über ihre Geburtsjahrgänge identifizierten Bevölkerungsgruppe relativiert wurde.⁹⁰ So war die Kontroverse um den NATO-Doppelbeschluss nicht zuletzt ein Streit, der von den Zeitgenossen anhand von Begriffen wie »Jugend« und »Generation« gedeutet wurde.

Auch der Parteivorsitzende Willy Brandt äußerte sich mit diesen Argumentationsmustern zum Nachrüstungsprotest.⁹¹ Was aber das konkrete Verhältnis der SPD zur Friedensbewegung betraf, bezog er eine im Vergleich zu Schmidt nuancierte Position. Zwar artikulierte er das Diktum von der SPD als der »eigentlichen politischen Friedensbewegung« und hielt an anderer Stelle fest, dass der außerparlamentarische Protest »keine in Wahlen erworbene Legitimation« habe und die »politische Verantwortung« deshalb von anderen (sprich der SPD) übernommen werden müsse.⁹² Denn die Gestaltung von Politik war aus sozialdemokratischer Perspektive die genuine Aufgabe von Parteien – und nicht von Bewegungen. Gleichzeitig war in seinem Verständnis die SPD aber eine »Integrationspartei«⁹³, deren Aufgabe es war, die außerparlamentarisch artikulierte Kritik einzubinden, weil es in ihrem eigenen Interesse lag, sich neuen Wählerschichten nicht zu verschließen. Brandt wollte, wie er sich später erinnerte, »möglichst viele der jungen Leute in der Sozialdemokratie angesiedelt wissen und auf diese Weise verhindern, was vielleicht nicht zu verhindern war – ihre eigene parlamentarische Vertretung«.⁹⁴

Die Anstellung des Berliner Friedensaktivisten Wolfgang Biermann als Referenten für Rüstungskontrolle und Abrüstung beim Parteivorstand war deshalb sowohl als Zeichen an die Friedensbewegung zu verstehen, dass die SPD ihre Sorgen ernst nehme, wie auch als innerparteiliches Signal, »damit die SPD noch stärker als bisher in die um das Friedensthema sich bildende Jugendbewegung einwirkt«.⁹⁵ Biermann hielt für den SPD-Vorstand nicht nur Kontakt zum Koordinationsausschuss der Friedensbewegung (und arbeitete dort aktiv mit)⁹⁶, sondern informierte auch in zahllosen Vermerken über die Diskussionen in diesen Gremien⁹⁷ und versuchte häufig, die Position der Parteiführung im Sinne der Friedensbewegung zu nuancieren.⁹⁸

90 Die Nachrüstungskritik wurde zweifelsohne generationenübergreifend vorgetragen, vgl. *Josef Janning*, Die neue Friedensbewegung 1980–1986, in: *ders./Hans-Josef Legrand/Helmut Zander* (Hrsg.), *Friedensbewegungen. Entwicklung und Folgen in der Bundesrepublik Deutschland, Europa und den USA*, Köln 1987, S. 36–54, hier: S. 42.

91 Vgl. Willy Brandt an Horst Krautter, 22.10.1981, AdsD, WBA, A11.2, 126A.

92 *Brandt*, Vorwort zu: *Die Friedenspartei SPD*.

93 *Willy Brandt*, *Die Partei der Freiheit. Willy Brandt und die SPD 1972–1992* (Berliner Ausgabe, Bd. 5, bearb. v. *Karsten Rudolph*), Bonn 2002, Dok. 79, S. 354–363, hier: S. 356.

94 *Willy Brandt*, *Erinnerungen. Mit den »Notizen zum Fall G«*, München 2003, S. 344.

95 Peter Glotz an die Mitglieder des Präsidiums, 9.10.1981, AdsD, HSA, 1/HSAA009872. Die Einstellung Biermanns war im Erich-Ollenhauer-Haus heftig umstritten, vgl. Dietrich Stobbe an Willy Brandt, 20.10.1981, AdsD, WBA, A11.2, 123.

96 Vgl. Wolfgang Biermann, Protokoll der Arbeitsgruppe »Widerstandstag der Parteien, Parlamente, Ministerien« des Koordinierungsausschusses der Friedensbewegung für die Herbstakt[i]onen; Sitzung vom 19.7.1983 in Bonn, undatiert, AdsD, Dep. Karsten D. Voigt, H 31.

97 Vgl. exemplarisch Wolfgang Biermann an Peter Glotz, Einschätzung der Aktionskonferenz der Friedensbewegung am 5./6.11.1983, 7.11.1983, AdsD, WBA, A11.4, 110; Wolfgang Biermann an Peter Glotz, Planungen der Friedensbewegung zum Herbst 1983, 16.3.1983, ebd.

98 Vgl. ebenfalls nur exemplarisch Wolfgang Biermann an Peter Glotz, Entwicklung der sozialdemokratisch geprägten Friedensinitiative unter möglicher Beteiligung von Gewerkschaftern und Vertretern aus der Friedensbewegung, 26.8.1982, ebd., 109; Wolfgang Biermann an Egon

Man muss nicht davon ausgehen, dass die allmähliche Korrektur des sicherheitspolitischen Kurses der Partei nach dem Verlust der Regierungsverantwortung im September/Oktober 1982 zugunsten einer größeren Nähe zur Friedensbewegung in erster Linie auf das Betreiben Biermanns zurückging; zu unübersehbar war mittlerweile der außerparlamentarische und innerparteiliche Protest. Zwar hatte das Erich-Ollenhauer-Haus schon 1981 ein großes »Friedensforum« organisiert, auf dem unter anderem Hans Apel mit Gert Bastian, Anton-Andreas Guha und Petra Kelly diskutierte.⁹⁹ Doch erst im Laufe des Jahres 1983 nahmen die Kooperationsformen zwischen der Partei und der Friedensbewegung ein Ausmaß an, das klare Grenzziehungen erschwerte. Im Sommer bezeichnete schließlich das schon genannte Papier der Fraktion für SPD-Mitglieder (»Handreichung«) die Friedensbewegung als »Bundesgenossen« und empfahl offiziell die Teilnahme an (gewaltfreien) Aktionen.¹⁰⁰ Die Annäherung der SPD an die Friedensbewegung war bemerkenswert: Auch wenn Bewegungsaktivisten eine zu große Nähe zur Sozialdemokratie stets ablehnten, auf Distanz und parteipolitischer Neutralität insistierten (wenn sie nicht ohnehin bei den Grünen aktiv waren), gelang es der SPD, die Anschlussfähigkeit ihres sicherheitspolitischen Kurses an Teile der Friedensbewegung herzustellen.¹⁰¹

IV. FORMEN DES PROTESTS IN DER SPD

Die enger werdende Zusammenarbeit vieler SPD-Mitglieder mit Friedensaktivisten bedingte auch, dass Protestformen der außerparlamentarischen Bewegung Eingang in das sozialdemokratische Handlungsrepertoire fanden und eine spezifische Protestkultur generierten. Diese neuartigen Artikulationsformen spiegeln eine Transformation der Verfahren zur Aushandlung etablierter Rahmenseetzungen, wie sie gleichzeitig selbst Motor eines »Wandels des Politischen« waren.

Was die Möglichkeiten der verbalen Artikulation von Widerspruch betrifft, sollen hier zunächst drei verschiedene Typen differenziert werden. Politischer Dissens konnte erstens durch den rational begründenden und nüchternen Vortrag von Argumenten geäußert werden. Insbesondere jene Nachrüstungskritiker bedienten sich dieser Form, die sich mit dem Habitus der Wissenschaftlichkeit umgeben wollten. Es waren Sozialdemokraten wie Ulrich Albrecht, Hans Günter Brauch oder Christian Krause, die als »Friedensforscher« und »Gegenexperten« darauf angewiesen waren, dass die (Partei-)Öffentlichkeit ihnen die auf Objektivität rekurrierende Autorität des Wissenschaftlers zuschrieb.¹⁰² Deshalb sollte die Form des Vortrags seinen Inhalt stützen und Glaubwürdigkeit potenzieren. Diesen Zweck verfolgten zweitens auch die emphatisch oder emotional vorgetragenen Protestnoten, die Betroffenheit und Furcht vor der drohenden nuklearen Apokalypse transportierten. Das Artikulationsmuster lässt sich vor allem bei Eppler und bei Vertreterinnen der Arbeitsgemeinschaft Sozialdemokratischer Frauen (ASF) feststellen. Eppler äußerte häufig nicht

Bahr, Geschäftsgrundlage des NATO-Doppelbeschlusses vom 12.12.1979, 16.2.1983, AdsD, Dep. Karsten D. Voigt, H 120.

99 Vgl. *Hans Apel/Egon Bahr/Rudolf Bahro* u. a. (Hrsg.), *Sicherheitspolitik contra Frieden? Ein Forum zur Friedensbewegung*, Bonn 1981.

100 Beschluss zu friedenspolitischen Aktivitäten vom 27. Juni 1983, in: *Vor der Genfer Entscheidung*, S. 22f.

101 In der Tat lässt sich diese Entwicklung auch im Kontext der Vorgeschichte der rot-grünen Koalition von 1998 lesen, vgl. mit dieser These *Boll/Hansen*, *Doppelbeschluss*, S. 224f.

102 Vgl. exemplarisch *Ulrich Albrecht*, *Kündigt den Nachrüstungsbeschluss! Argumente für die Friedensbewegung*, Frankfurt am Main 1982; *Hans Günter Brauch*, *Einseitige abrüstungspolitische Vorabmaßnahmen. Die Möglichkeiten der Bundesrepublik*, in: *Frankfurter Hefte (FH)* 36, 1981, S. 2–6; *Christian Krause*, *Atomwaffen in Europa. Gefahren und Wege zu mehr Sicherheit*, in: *NG* 28, 1981, S. 1115–1121.

etwa wissenschaftlich fundierte Argumente, sondern brachte seinen »Zweifel«, seine »Verzweiflung über eine Sicherheitskonzeption« zum Ausdruck, »die letztlich nur mit dem eigenen Selbstmord drohen kann«. ¹⁰³ Ein beliebtes Narrativ in der ASF war der Hinweis auf die »Irrationalität« der offiziellen Sicherheitspolitik. In dieser Deutung sollte die Besinnung auf die eigene Angst den Blick auf die Rationalität und Notwendigkeit von Abrüstung freigeben. ¹⁰⁴ Eine dritte Möglichkeit, Dissens zu kommunizieren, war schließlich das Stilmittel der verbalen Provokation. Oskar Lafontaine bewies seine Könnerschaft in dieser Disziplin, als er in einem Interview mit dem »Stern« Helmut Schmidt attestierte, mit den von ihm hochgeschätzten Tugenden ließe sich ein KZ betreiben. ¹⁰⁵ Auch das Enfant terrible der SPD, Karl-Heinz Hansen, setzte ein verbales Ausrufezeichen, als er Schmidt im Zusammenhang mit der Rüstungsexportpolitik der Bundesregierung »Geheimdiplomatie gegen das eigene Volk« attestierte. ¹⁰⁶

Für den Nachrüstungsstreit in der SPD war aber vor allem die Intensivierung non-verbaler und performativer Artikulationsformen charakteristisch. ¹⁰⁷ So wurde die Debatte um die Stationierung nicht nur durch den wörtlichen Austausch von Argumenten, sondern auch durch visuelle, körperorientierte und habituelle Kommunikationsstrategien verhandelt. Die ikonografische Gestaltung von Plakaten war dabei eine wirkmächtige, weil eingängige Form, politischen Widerspruch kundzutun. ¹⁰⁸ Insbesondere untere Gliederungsebenen und die Jusos griffen in der Auseinandersetzung mit der Parteispitze auf bildliche Strategien zurück. Ein Schwarz-Weiß-Plakat der SPD in Stuttgart beispielsweise zeigte eine Brücke, die der Betrachter laut Überschrift in der japanischen Stadt Hiroshima lokalisieren sollte (Abb. 1). Diese Brücke wies Körperschatten von Opfern der Atombombe auf, die dort einmal gelegen haben mussten. Deutlich wird beim Betrachten dieses Plakats ein spezifisches Argumentationsmuster gegen die Nachrüstung, das auf historisch verheerende Erfahrungen mit dem Einsatz von Nuklearwaffen rekurrierte und zahlreichen friedensbewegten Visualisierungen gemeinsam war. Dass die Gefährdung jedes Einzelnen hochaktuell war, machten die Jusos mit einem Plakat deutlich, das die gewaltige, übermächtige und gesichtslose Bedrohung durch Raketen mit der Darstellung eines einzelnen schutzlosen Körpers kontrastierte (Abb. 2). Während vom linken und rechten Bildrand gleichge-

103 Erhard Eppler, »Wir wollen diese Kette zerschlagen«. Rede auf der Friedensdemonstration am 10. Oktober 1981 in Bonn, abgedr. in: Sozialdemokratischer Pressedienst, 12.10.1981, S. 6–8.

104 So Katrin Fuchs auf dem SPD-Parteitag 1982 in München. Bd. 1: Protokoll, S. 724f.; vgl. auch die Bandabschrift der Diskussion auf der ASF-Bundeskonferenz 1981 in Bad Godesberg, in der dieses Motiv immer wieder anklingt, AdsD, SPD-PV, 8954.

105 Lafontaine wurde im »Stern« zitiert: »Helmut Schmidt spricht weiter von Pflichtgefühl, Berechenbarkeit, Machbarkeit, Standhaftigkeit. [...] Das sind Sekundärtugenden. Ganz präzise gesagt: Damit kann man auch ein KZ betreiben. Das sind Sekundärtugenden, auf die man zurückgreift, wenn innerlich nicht bewältigt ist, worum es geht, nämlich um die Bewahrung des Lebens«. Jürgen Serke, Mein Sozi für die Zukunft, in: Stern, 15.7.1982, S. 54–60, hier: S. 55f. Gegenüber Willy Brandt stritt Lafontaine diese Aussagen jedoch ab, vgl. Oskar Lafontaine an Willy Brandt, 1.9.1982, AdsD, HSA, 1/HSAA009414; vgl. auch unversöhnlich Helmut Schmidt an Oskar Lafontaine, 15.7.1982, AdsD, Herbert-Wehner-Archiv, 1/HWAA001926, und die Antwort Lafontaines vom 3.8.1982, ebd.

106 Dieser Vorwurf fiel auf einer Juso-Veranstaltung am 8. Mai 1981, zit. nach: Karl-Heinz Hansen, Schlußplädoyer vor der Schiedskommission des SPD-Bezirks Niederrhein, in: spw 4, 1981, H. 12, S. 5–8.


107 Vgl. Jürgen Martschukat/Steffen Patzold, Geschichtswissenschaft und »performative turn«. Eine Einführung in Fragestellungen, Konzepte und Literatur, in: dies. (Hrsg.), Geschichtswissenschaft und »performative turn«. Ritual, Inszenierung und Performanz vom Mittelalter bis zur Neuzeit, Köln/Weimar etc. 2003, S. 1–31; Kathrin Fahlenbrach, Protestinszenierungen. Visuelle Kommunikation und kollektive Identitäten in Protestbewegungen, Wiesbaden 2002.

108 Vgl. dazu Benjamin Ziemann, The Code of Protest. Images of Peace in the West German Peace Movements, 1945–1990, in: Central European History 17, 2008, S. 237–261.

Abbildung 1: »Stationierung Nein«
 Anti-Nachrüstungsplakat der SPD in Stuttgart, 1983
 (Archiv der sozialen Demokratie)

**STATIONIERUNG
NEIN**

Hiroshima nach der Atombombe
 – auch wo scheinbar nichts zerstört wurde –



wer auf dieser Brücke von der Bombe überrascht wurde, deckte mit seinem Körperschatten eine Fläche, die der Strahlung nicht ausgesetzt war. Als einzige Spur blieben anonyme Konturen, Schattenbilder von Verschollenen.

**Kampf dem Atomtod
 Nein zur Nachrüstung
 Atomwaffenfreies Stuttgart
 Atomwaffenfreies Europa**

SPD Stuttgart

Abbildung 2: »Verhindern wir's. Gemeinsam.«
Die Jungsozialisten gehörten zu den schärfsten Gegnern der Stationierung
in der SPD, 1983 (Archiv der sozialen Demokratie)



wichtig Raketen gegeneinander zielten, schien der individuelle Mensch, der auf hellem Bildhintergrund mit Schlagschatten gezeichnet war, der Gefahr hilflos ausgeliefert zu sein. Dieses Bild enthielt mit der Gegenüberstellung von Maschine und Mensch auch ein explizit technik- und fortschrittsskeptisches Moment. Dass aus der übermächtigen Gefahr aber nicht Ohnmacht resultierte, versprach die Bildunterzeile: »Verhindern wir's. Gemeinsam.« Mit der positiven Zukunftsvision einer friedlichen Welt arbeitete schließlich eine Zeichnung der »Sozialistischen Jugend Deutschlands – Die Falken«, die im oberen und im unteren Teil jeweils eine Kinderzeichnung enthielt, die durch ein rotes Feld mit der Inschrift »Nie wieder Krieg!« getrennt waren (Abb. 3). Während das obere Bild ein lächelndes Kind vor blühender, sonnendurchfluteter Landschaft zeigte, konnte der Betrachter unten ein weinendes Kind vor brennenden Häusern im Bombenhagel sehen. Die Ikonografie beruhte hier nicht nur auf einem klaren Gegensatz, sondern verwendete auch eine positiv konnotierte Symbolik (Kind, blühende Landschaft, Sonne), die deutlich machte, dass eine friedliche Welt realisierbar war. Diese als besonderes Anliegen von Kindern ausgewiesene Forderung unterstellte den Erwachsenen, dass sie potenziell nicht fähig zum Frieden seien.

Wie die kurze und vereinfachende Analyse einiger wichtiger ikonografischer Codes des Nachrüstungsprotests in der SPD andeutet, erlebte die visuelle Kommunikation von Widerspruch im sozialdemokratischen Nachrüstungsstreit eine Hochzeit. Zwar waren Bildstrategien historisch gesehen eine in der SPD häufig genutzte Form des politischen Ausdrucks gewesen. Sie erfreuten sich auch bei den Wahlstrategen im Erich-Ollenhauer-Haus einer großen Beliebtheit, wie die Zitierung der Einbahnstraßensymbolik in der Werbung zum Antikriegstag 1983 (»Vertragen statt Rüsten«) deutlich macht (Abb. 4). Im Protest gegen die Stationierung nahm ihre Bedeutung aber entscheidend zu. Visualisierungen konstituierten eine wirkungsmächtige Form, politischen Dissens zu äußern.

Der nicht über das Sprechen transportierte Widerspruch konnte auch mithilfe von körperlich-performativem Protest ausgedrückt werden. Hier ist zunächst an die traditionsreiche Straßendemonstration zu denken, die seit dem 19. Jahrhundert fest im Protestfundus der Arbeiterbewegung verankert war. Sie wurde von zahlreichen SPD-Gliederungen gern und häufig genutzt, um Nachrüstungskritik zu visualisieren. Die großen Friedensdemonstrationen im Bonner Hofgarten der Jahre 1981/83 waren solche Ereignisse, bei denen sich SPD-Mitglieder nicht nur dadurch zu erkennen gaben, dass sie den Rednern ihrer Partei (Erhard Eppler 1981 beziehungsweise Willy Brandt 1983) applaudierten, sondern auch, indem sie die Embleme ihrer Partei präsentierten und sich damit zur SPD bekannten. Abbildung 5 zeigt beispielhaft Teilnehmer der Kundgebung am 22. Oktober 1983 im Hofgarten, die ein Transparent mit der Aufschrift »ASF/SPD Düsseldorf« hochhalten. Auch die Menschenketten und Schweigekreise, die als politische Aktionsformen in den 1980er Jahren über transnationale Austauschprozesse in die Bundesrepublik kamen¹⁰⁹, wurden erfolgreich in das sozialdemokratische Handlungsrepertoire integriert und als politische Rituale etabliert. Andere performative Akte waren schließlich Blockaden und Besetzungen. Die schweren Ausschreitungen anlässlich des Bundeswehrgelöbnisses in Bremen im Mai 1980 unter Beteiligung der Jusos¹¹⁰ oder die Blockade des Regierungsviertels im November 1983 anlässlich der Stationierungsdebatte des Bundestags, an der sich ganze SPD-Kreisverbände und sogar einzelne Unterbezirke beteiligten¹¹¹, deuten auf einen tiefgreifenderen Wandel hin. Sie können als Ausdruck dafür gewertet werden, dass sich die Artikulation von politischem Dissens in der Tradition der bereits um 1968 erprobten Protestformen verstärkt vom Parlament auf die Straße verlagerte, einfallreicher wurde und die etablierten Formen politischer, auch innerparteilicher Aushandlungsprozesse radikal infrage stellte.

109 Vgl. Schregel, *Der Atomkrieg*, S. 229.

110 Vgl. Hans Koschnick an Holger Börner, 5.11.1980, AdSD, WBA, A11.3, 45; Signale überhört, in: *Der SPIEGEL*, 12.5.1980, S. 25–27.

111 Vgl. die Berichterstattung der Süddeutschen Zeitung vom 22. November 1983.

Abbildung 3: »Nie wieder Krieg!« – Plakat der »Sozialistischen Jugend Deutschlands – Die Falken« zum Antikriegstag am 1. September 1983 (Landesverband Nordrhein-Westfalen der Sozialistischen Jugend Deutschlands – Die Falken)



Abbildung 4: »Vertragen statt rüsten«
SPD-Plakat zum Antikriegstag am 1. September 1983
(Archiv der sozialen Demokratie)

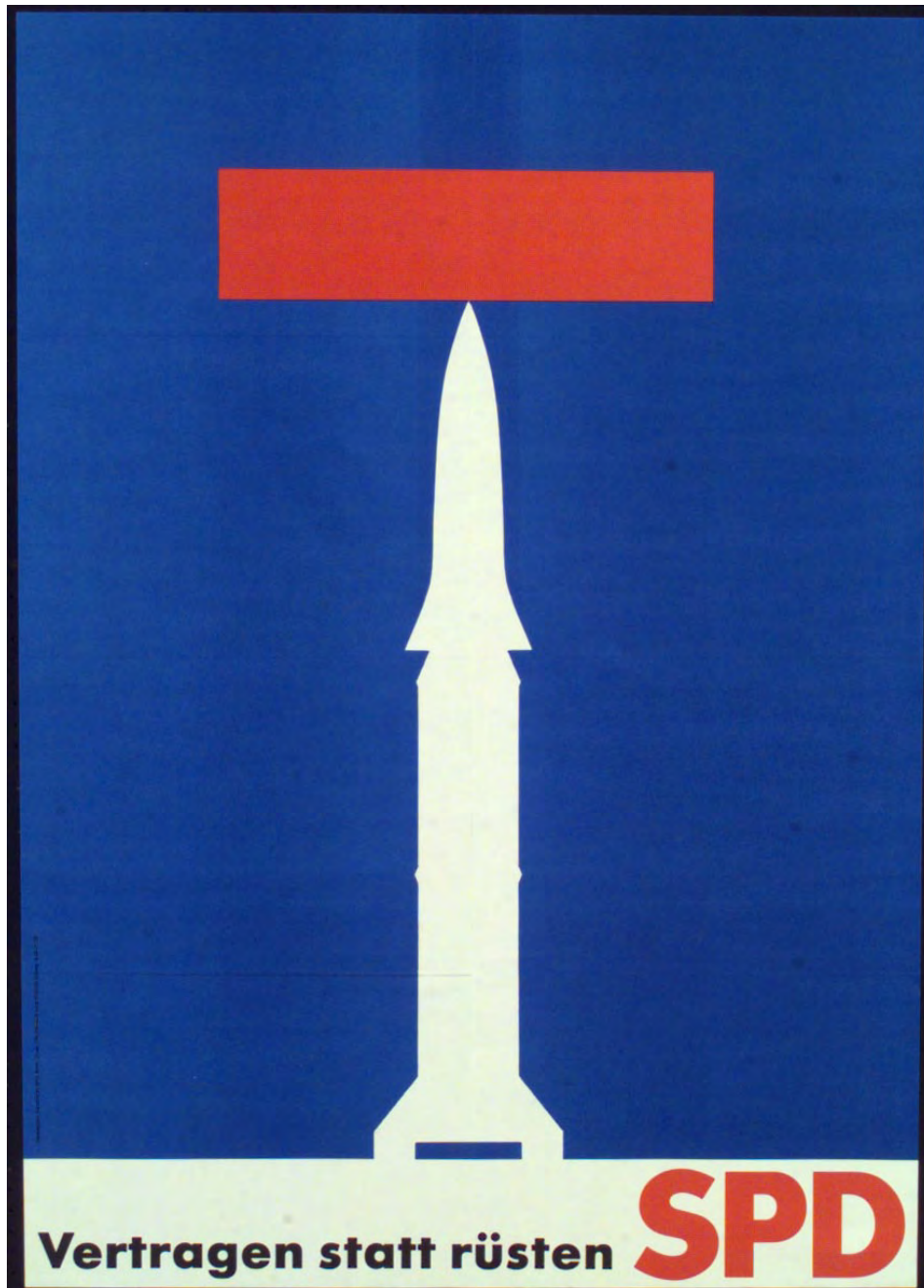


Abbildung 5: Vertreterinnen der ASF Düsseldorf bekennen sich am 22. Oktober 1983 in Bonn zur SPD (J. H. Darchingner/Friedrich-Ebert-Stiftung)



Das lässt sich auch mit Hinblick auf die habituellen Deutungskämpfe exemplifizieren, die, historisch sicher nicht beispiellos, im Nachrüstungsstreit eine neue Qualität erreichten. Die Debatte um die nuklearen Mittelstreckenwaffen in der SPD war weit stärker als frühere Auseinandersetzungen ein Konflikt, der auf kulturelle Gegensätze in der Partei zurückging. Will man ihn in diesem Kontext verstehen, muss man sich vergegenwärtigen, dass er wesentlich durch habituelle Deutungskämpfe katalysiert wurde, beziehungsweise dass sich mit diesen performativen Konflikten die Ausdrucksformen für die Verhandlung diskursiver Rahmensetzungen veränderten. Dabei hatte es die Partei in ihrer Geschichte schon häufiger erlebt, dass die jüngeren Mitglieder im Vergleich zur älteren Führungsriege ›alternative‹ Formen des Auftretens präferierten. Sie pflegten eine andere Erscheinung, redeten eine andere Sprache und bevorzugten andere Handlungs- und Politikformen.¹¹² Was jedoch in diesem Ausmaß neu war und historiografische Zweifel an der Stichhaltigkeit einer Interpretation des Nachrüstungsstreits als Generationenkonflikt nährt, war die Tatsache, dass die habituellen Deutungskämpfe nun auch innerhalb einer Generation ausgetragen wurden.

So evozierten Helmut Schmidt und Erhard Eppler – um diese beiden gegensätzlichen Persönlichkeiten exemplarisch zu betrachten – grundsätzlich andere öffentliche Bilder von sich. Teils selbstinszeniert, teils durch mediale Zuschreibungen trugen sie den Nachrüstungsstreit gewissermaßen nicht nur auf der politischen, sondern auch auf der habituellen Ebene aus. Den Zeitungslasern und Fernsehzuschauern konnte an Helmut Schmidt vor allem auffallen, dass er klassische Anzüge trug, seit seiner Jugend die Frisur nicht verändert hatte und mit seinem distinguierten Hamburger Akzent äußerst seriös und weltläufig wirkte. Dieses *public image*, das Glaubwürdigkeit, Beständigkeit und Führungs-

112 Vgl. Dietmar Süß, Die Enkel auf den Barrikaden. Jungsozialisten in der SPD in den 1970er Jahren, in: AfS 45, 2004, S. 67–104.

stärke versprach, unterstützte die politische Position des Bundeskanzlers ungemein. Dagegen setzte die Inszenierung Erhard Epplers andere Schwerpunkte. Schon sein Äußeres unterschied sich bewusst von dem der Parteilite. Indem er Rollkragenpullover trug, in einer Jeans zu Gremiensitzungen erschien, indem er sich mit seinem melodischen süddeutschen Akzent keine Mühe gab, hanseatische Weltläufigkeit zu simulieren, sondern die »friedenspolitische Wendung in den Nahraum«¹¹³ nachvollzog und bei vielen Gelegenheiten auf seinen Glauben rekurrierte, bediente er anti-elitäre Deutungsmuster (»Glaubwürdigkeit durch Normalität«), inszenierte sich erfolgreich als Gegenbild zu Schmidt und entsprach den Anforderungen des ihn tragenden nachrüstungskritischen Milieus. Die habituellen Gegensätze zwischen Schmidt und Eppler waren offensichtlich. Sie machen bei aller Vorläufigkeit der sie analysierenden Überlegungen deutlich, dass der Nachrüstungsstreit nicht zuletzt durch kulturelle Aushandlungsprozesse beeinflusst wurde. Mit visuellen, körperorientierten und habituellen Strategien fanden dabei neue Modi der Performanz Eingang in das sozialdemokratische Protestrepertoire, die gleichermaßen Spiegel und Katalysator eines »Wandels des Politischen« waren.

V. WEGE AUS DER BLOCKKONFRONTATION

Debatten um die USA und den »Westen«

Neben den Formen der Artikulation von politischem Dissens wandelten sich in der Kontroverse um den NATO-Doppelbeschluss auch die Weltwahrnehmungen und -deutungen in der SPD. Dies lässt sich in Bezug auf die zeitgenössischen Debatten um Amerika und den »Westen« veranschaulichen. Es war geradezu ein Markenzeichen sozialdemokratischer Haltungen zur Nachrüstung, dass die Zurückweisung der Raketenstationierung mit Kritik an der Außen- und Verteidigungspolitik der US-Regierung und insbesondere mit der Person Ronald Reagans verknüpft wurde.¹¹⁴ Die Ablehnung von Reagans Position zur Entspannungspolitik und der Widerstand gegen die von vielen Sozialdemokraten als »zu stark für den Frieden«¹¹⁵ begriffene Rhetorik des Präsidenten waren wesentliche Triebfedern des Nachrüstungsstreits. Dabei setzte die Kritik häufig bei der konkreten Verhandlungsführung der Amerikaner in Genf an, die als zu wenig ernsthaft beurteilt wurde. Diese Deutung war ein argumentativer Topos in weiten Teilen der SPD.¹¹⁶ Hatte noch Kanzler Schmidt den SPD-Vorstand im Februar 1981 vor Kritik an den USA gewarnt¹¹⁷, stand dies in Widerspruch zu den Ausführungen Egon Bahrs, der den Amerikanern zwei Monate später attestierte, sie befänden sich »in einer Psychose«.¹¹⁸ In einem nächsten Schritt vermischte sich diese Wahrnehmung mit sicherheitstheoretischen Grundsatzüberlegungen und ging in Unbehagen gegenüber den Rüstungsabsichten Washingtons über. Der Vor-

113 Schregel, *Der Atomkrieg*, S. 11.

114 Peter Glotz bezeichnete Reagan einmal als »Aufrüstungsfanatiker«, der den NATO-Doppelbeschluss »pervertiert«, vgl. Peter Glotz an Elisabeth Hesse, 19.8.1983, AdsD, SPD-PV, 10928.

115 Roland Krönke, *Zu stark für den Frieden. Beginn der Reagan-Ära*, in: *Vorwärts*, 15.1.1981, S. 1.

116 Vgl. Eppler, *Die tödliche Utopie der Sicherheit*, S. 81f.

117 Vgl. Protokoll der Sitzung des Vorstandes am 2. Februar 1981, in: AdsD, SPD-PV, Vorstandssekretariat, 354; gegenüber den Amerikanern schlug der Kanzler indes deutlichere Töne an: US-Botschaft Bonn an Department of State, Schmidt will sing worried song in Washington, Mai 1981, Ronald Reagan Presidential Library (Reagan Library), Simi Valley, Executive Secretariat, NSC: Country File, RAC b 14, folder »Germany, FRG (1/20/81–6/30/81) (1)«.

118 Protokoll der Sitzung des Präsidiums am 9. März 1981, in: AdsD, SPD-PV, Vorstandssekretariat, 160.

wurf lautete, die USA wollten »um jeden Preis [...] stationieren«¹¹⁹, um den entscheidenden strategischen Vorteil gegenüber der Sowjetunion zu gewinnen. Denn die neuen Waffen bedeuteten, so Bahr, »dass wir den Amerikanern den Arm leihen, mit dem man die Sowjetunion erreichen kann«¹²⁰, und damit in den Worten Eplers »eine optimale Fähigkeit zur ›Enthauptung‹ der anderen Seite«.¹²¹ Von hier war es nicht mehr weit zu der Mutmaßung über eine grundsätzliche sicherheitspolitische Neuorientierung Washingtons. Die Rede von der »Strategie des führbaren und gewinnbaren Atomkriegs«¹²² in Europa hatte zweifelsohne ihren Ursprung in unbedachten Äußerungen US-amerikanischer Militärstrategen¹²³, des Präsidenten¹²⁴ und in einem missverständlichen Strategiepapier, welches noch aus der Amtszeit Carters stammte.¹²⁵ Sie fand aber in Europa und vor allem der Bundesrepublik einen fruchtbaren Boden. Vertreter der SPD griffen sie auf und machten sie zu einem Argument gegen die Stationierungsabsicht des Bündnisses: Waren die atomaren Mittelstreckenraketen erst einmal aufgestellt, drohte in den Deutungen der Nachrüstungskritiker der atomare Krieg, den Reagan angeblich in Kauf zu nehmen bereit war, weil er sich auf Europa beschränken lasse. In diesem Sinne bezichtigte Eppler »die amerikanischen Planer«, sie würden »kühlen Kopfes über den atomaren Holocaust in Europa nachdenken«.¹²⁶ Die ASF Wiesbaden sprach aus, was große Teile der Sozialdemokratie dachten: Nicht die Sowjetunion gefährde »zur Zeit den Weltfrieden«, sondern das »Machtstreben einer handvoll amerikanischer Staatsbürger in verantwortlicher Stellung«.¹²⁷ Die Bundesrepublik erschien in diesen Deutungen als »Opfer« des US-amerikanischen Rüstungswahnsinns.¹²⁸ Zudem waren argumentative Referenzen auf den Nationalsozialismus in der Auseinandersetzung mit den USA wie überhaupt im Nachrüstungsstreit weit verbreitet.¹²⁹

Während die Distanzierung von der US-amerikanischen Verhandlungsposition in Genf mehr oder weniger argumentatives Allgemeingut in der SPD war¹³⁰, blieb sie in dem Maße

119 Wie Egon Bahr in Ost-Berlin gesagt haben soll: Information über das Gespräch des Ministers für Auswärtige Angelegenheiten der DDR, Oskar Fischer, mit Egon Bahr am 25.8.1983, undatiert, SAPMO-BArch, DY 30/2410, Bl. 35–42, hier: Bl. 39.

120 Egon Bahr an Helmut Schmidt, 2.6.1979, AdsD, Dep. Egon Bahr, 1/EBAA000953.

121 Eppler, Die tödliche Utopie der Sicherheit, S. 82.

122 Oskar Lafontaine, Angst vor den Freunden. Die Atomwaffenstrategie der Supermächte zerstört die Bündnisse, Reinbek 1983, S. 31; vgl. auch Karl-Heinz Hansen, Sicherheitspolitik als Friedenspolitik, in: Klaus Thüsing/Arno Klönne/Karl-Ludwig Hesse (Hrsg.), Zukunft SPD. Aussichten linker Politik in der Sozialdemokratie, Hamburg 1981, S. 39–64, hier: S. 56–58.

123 Vgl. insb. Colin Gray/Keith Payne, Under the Nuclear Gun: Victory is Possible, in: Foreign Policy 39, 1980, S. 14–27.

124 Vgl. Reagans berüchtigte »Evil Empire Speech«: Remarks at the Annual Convention of the National Association of Evangelicals in Orlando, Florida, 8.3.1983, The Public Papers of President Ronald W. Reagan, Reagan Library, URL: <<http://www.reagan.utexas.edu/archives/speeches/1983/30883b.htm>> [12.2.2012].

125 Vgl. dazu Stan Sienkiewicz an die Mitglieder des Committee on Foreign Relations, Additional Background on PD-59, The Recent Presidential Directive on U. S. Nuclear Weapons Targeting Strategy, and Secretary of Defense Brown's Speech on this Subject, 9.9.1980, Carter Library, Zbigniew Brzezinski Collection, b 35, folder »P[residential] D[irective] 59: [5/80–1/81]«.

126 Eppler, Die tödliche Utopie der Sicherheit, S. 92.

127 Arbeitskreis Frieden und Abrüstung der Arbeitsgemeinschaft Sozialdemokratischer Frauen im Unterbezirk Wiesbaden an Willy Brandt, Gefährdung des Weltfriedens, 21.8.1981, AdsD, WBA, A11.6, 41.

128 Vgl. dazu auch Günter Grass an die Mitglieder des Bundestages, November 1983, ebd., A10.1 Rosen, 188.

129 Vgl. Conze, Modernitätsskepsis und die Utopie der Sicherheit, Abs. 9; Gassert, Viel Lärm um Nichts?, S. 197f.

130 Vgl. die Ausführungen Helmut Schmidts gegenüber amerikanischen Journalisten: [Wortprotokoll über ein Informationsgespräch von Bundeskanzler Helmut Schmidt mit 18 US-amerikanischen Journalisten am 29. Oktober 1981 in Bonn], 3.11.1981, AdsD, HSA, 1/HSA008965.

umstritten, wie sie von der Sicherheitspolitik abstrahierte und als Grundsatzkritik an der Ost-West-Konfrontation vorgetragen wurde. Insbesondere der konservative Parteiflügel lief Sturm gegen die damit perzipierte Relativierung der »westlichen Wertegemeinschaft«. Die Politologin Gesine Schwan meinte in der Auseinandersetzung um den NATO-Doppelbeschluss gar die »Gretchenfrage der SPD« zu erkennen, nämlich: »Wie wichtig ist ihr die Erhaltung der westlichen Freiheit?« Indem die SPD den Boden des Beschlusses verlasse, so Schwan, trete sie in Gegensatz zu den USA und relativiere den sowjetischen Totalitarismus. Der von Eppler und Lafontaine propagierte Kurs führe »geradewegs dahin, die im Zeichen der Freiheit angetretene deutsche Sozialdemokratie de facto zu einem der wirksamsten Instrumente sowjetischer Hegemonialpolitik zu machen«. ¹³¹ Die Befürchtung, die SPD relativiere die deutsche Westbindung und verharmlose den Kommunismus, war ein wirkungsmächtiges Deutungsmuster bei Befürwortern der Nachrüstung in SPD, CDU ¹³² und US-Regierung. ¹³³ Die Rede von einer »Finnlandisierung« ¹³⁴ der SPD oder vom »Zerfall des sicherheitspolitischen Konsenses« ¹³⁵ war diesseits und jenseits des Atlantiks weit verbreitet.

Kritik an Ronald Reagan und seiner Regierung wurde indes von den wenigsten Stationierungsgegnern in der SPD als »Antiamerikanismus« oder als Distanzierung vom »Westen« wahrgenommen. Eher schon sollte die von Eppler vorgebrachte These, dass der von beiden Supermächten erhobene Anspruch auf ideologische Allgemeingültigkeit im nuklearen Zeitalter aufgegeben werden müsse ¹³⁶, ein in dieser Form neuartiges Unbehagen gegenüber den traditionellen Perzeptionsmustern der Ost-West-Konfrontation signalisieren. ¹³⁷ Auch Egon Bahr argumentierte mit diesen Vorzeichen, wenn er forderte, dass die Realisierung divergierender Gesellschaftssysteme der Erhaltung des Friedens untergeordnet werden müsse. ¹³⁸ Kein politisches, wirtschaftliches oder kulturelles Ziel könne erreicht werden, »wenn es keinen Frieden gibt«, so Bahr. ¹³⁹ Wurde die Sicherheitspolitik

131 *Gesine Schwan*, Die SPD und die westliche Freiheit, in: *Jürgen Maruhn/Manfred Wilke* (Hrsg.), *Wohin treibt die SPD? Wende und Kontinuität sozialdemokratischer Sicherheitspolitik*, München 1984, S. 38–52, hier: S. 38 und 51.

132 Vgl. entsprechende Äußerungen des CDU/CSU-Fraktionsvorsitzenden Alfred Dregger: *Deutscher Bundestag*, 10. Wahlperiode, 35. Sitzung, 21.11.1983, S. 2355, URL: <<http://dip21.bundestag.de/dip21/btp/10/10035.pdf>> [12.2.2012].

133 Vgl. Rowland Evans, *Germany's Left Looks To Moscow*, 11.8.1978, Carter Library, Brzezinski Material: Country File, b 24, folder »German Federal Republic, 7/78–1/79«; James M. Rentschler an Richard V. Allen: *Pacifism in the FRG*, 1.5.1981, Reagan Library, Executive Secretariat, NSC: Country File, RAC b 14, folder »Germany, FRG (1/20/81–6/30/81) (4)«.

134 *Roland Krönke*, Die Windmühlenflügel heißen Neutralismus. Das Gespenst der Finnlandisierung geht wieder um, in: *Vorwärts*, 25.11.1983, S. 14; Philip M. Crane an Ronald Reagan, 16.9.1981, Reagan Library, Executive Secretariat, NSC: Country File, RAC b 14, folder »Germany, FRG (9/1/81–12/31/81) (6)«.

135 *Karl Kaiser*, Der Zerfall des sicherheitspolitischen Konsenses in der Bundesrepublik Deutschland. Die Entwicklung der Diskussion in den achtziger Jahren, in: *Manfred Funke/Hans-Adolf Jacobsen* (Hrsg.), *Demokratie und Diktatur. Geist und Gestalt politischer Herrschaft in Deutschland und Europa*. Festschrift für Karl Dietrich Bracher, Düsseldorf 1987, S. 476–491.

136 Vgl. *Eppler*, Die tödliche Utopie der Sicherheit, S. 115–122.

137 Die bekannte Forderung Lafontaines nach Austritt der Bundesrepublik »aus der militärischen Integration der NATO« wird man ebenfalls in dieses Deutungsmuster einordnen können, vgl. *Lafontaine*, *Angst vor den Freunden*, S. 81.

138 *Egon Bahr*, Von der Strategie der Abschreckung zur gemeinsamen Sicherheit, in: *Ehmke/Koppe/Wehner*, *Zwanzig Jahre Ostpolitik*, S. 95–101.

139 *Egon Bahr*, Sozialdemokratische Sicherheitspolitik ist ein Teil der Entspannungspolitik, in: *Rolf Seeliger* (Hrsg.), *Amerikanische Raketen wider deutsche Interessen. Argumente gegen die Stationierung neuer atomarer Mittelstreckenwaffen mit einer Dokumentation*, München 1983, S. 7–17, hier: S. 10.

der Reagan-Administration massiv kritisiert, zielten diese Äußerungen nicht so sehr auf die grundsätzliche Infragestellung dessen, »was Amerika ausmacht«¹⁴⁰, sondern vielmehr auf die Prämissen des Kalten Kriegs an sich.¹⁴¹ Der Gegensatz zwischen West und Ost, Demokratie und Kommunismus, Freiheit und Unterdrückung war im Zeichen der ubiquitären nuklearen Bedrohung aus der Perspektive der Nachrüstungskritiker nicht länger die primäre Streitfrage. In der Tat lässt sich die Kontroverse um den NATO-Doppelbeschluss auch als Indikator dafür lesen, dass der Kalte Krieg in den Köpfen vieler Menschen längst beendet war. Für die als neu wahrgenommenen »großen Probleme« und »Herausforderungen« lieferte das System des Kalten Kriegs keinen Referenz- und Orientierungsrahmen mehr. Im Gegenteil, der Kalte Krieg war selbst zum Problem geworden.¹⁴²

Der andere wichtige Grund dafür, dass die meisten Sozialdemokraten ihre Argumente als über den Vorwurf des »Antiamerikanismus« erhaben glaubten, war die historisch beispiellose Intensivierung der transatlantischen Netzwerke zwischen der SPD und Akteuren in den USA, die sich im Nachrüstungsstreit beobachten lässt (und die gleichwohl hinter den Bemühungen von CDU/CSU und Konrad-Adenauer-Stiftung zurückblieb¹⁴³). Es war vor allem die SPD-Bundestagsfraktion, die mit Reisen in die Vereinigten Staaten zu Diskussionen mit Vertretern des Weißen Hauses, des Außen- und Verteidigungsministeriums¹⁴⁴, mit Senatoren und Kongressabgeordneten¹⁴⁵, mit Vertretern von einflussreichen Thinktanks, Gewerkschaftern und Medienvertretern¹⁴⁶, vor allem aber mit den Aktivisten der »Nuclear Weapons Freeze Campaign«¹⁴⁷ den Vorwurf ad absurdum zu führen suchte, sie lasse sich von antiamerikanischen Ressentiments leiten.¹⁴⁸ Auch umgekehrt empfingen

140 Philipp Gassert/Detlef Junker/Wilfried Mausbach u. a. (Hrsg.), Was Amerika ausmacht. Multidisziplinäre Perspektiven, Stuttgart 2009.

141 Sehr explizit wurde dieser Deutungsanspruch auch von den Frauen in der SPD vorgetragen, vgl. Frauen für den Frieden. Diskussionspapier für die Bundeskonferenz der Arbeitsgemeinschaft Sozialdemokratischer Frauen vom 18. – 20.5.1979 in Erlangen, undatiert, AdsD, SPD-PV, 10366.

142 Vgl. das Forschungsprojekt von Frank Reichherzer an der Humboldt-Universität zu Berlin, das sich mit »Transformationen des Westens« seit den 1960er Jahren beschäftigt.

143 Dieser Rückstand gegenüber der Opposition wurde in der SPD aufmerksam registriert, vgl. Wolfgang Biermann, Zur Tätigkeit der Friedrich-Ebert-Stiftung, undatiert, AdsD, NL Dietrich Stobbe, 192. Vgl. den Beitrag von Reinhild Kreis in diesem Band.

144 Vgl. exemplarisch: Dietrich Stobbe, Bericht über meine Gespräche mit der Administration in Washington über den aktuellen Stand sowie die Einschätzungen zu den INF-Verhandlungen in Genf, 1.6.1983, AdsD, Dep. Egon Bahr, 1/EBAA000517; Peter Tarnoff an Zbigniew Brzezinski, Request for Appointment with Dr. Brzezinski: Egon Bahr, Secretary-General of the West German Social Democratic Party, 30.6.1980, Carter Library, Brzezinski Material: Country File, b 25, folder »German Federal Republic, 6/80«; Department of State an US-Botschaft Bonn, The Secretary's meeting with Horst Ehmke, Juli 1981, Reagan Library, Executive Secretariat, NSC: Country File, RAC b 14, folder »Germany, FRG (7/1/81–8/31/81) (3)«; Dennis Blair an Richard V. Allen, Your Meeting with Egon Bahr, Monday, September 21, 10:45 A.M., 18.9.1981, ebd., folder »Germany, FRG (9/1/81–12/31/81) (8)«.

145 Vgl. Gespräche Professor H. Ehmke, MdB, mit den Senatoren Nunn (D-Georgia), Hatfield (R-Oregon) und Biden (D-Delaware) am 3. Dez. 1980, 16.12.1980, AdsD, Dep. Horst Ehmke, 1/HEAA000794.

146 Vgl. Fritz Fischer an Helmut Schmidt, Kurzvermerk über Gespräche von Willy Brandt in Washington und New York (11. – 15. Februar 1980), 19.2.1980, ebd., HSA, 1/HSAA009410.

147 Vgl. Karl-Heinz Hansen an David Cortright, 13.7.1981, Swarthmore College Peace Collection, SANE, Inc. Records (DG 58), series G, b 71; Voices from Europe: No More Missiles – Prominent West Europeans to Tour U.S., Speak Out on Opposition To NATO Missile Plans [Press Advisory], undatiert, ebd.; Mike Mawby's contacts in Europe, ebd., b 131.

148 Der Freiburger SPD-Kreisvorsitzende Gernot Erler bezeichnete es als notwendig, »den wiederkehrenden Vorwurf des Antiamerikanismus an unsere Adresse durch verstärkte Hinweise auf das andere Amerika zu unterlaufen«. Gernot Erler an Peter Glotz, 9.7.1982, AdsD, SPD-PV, 10928.

SPD-Politiker in den frühen 1980er Jahren eine bemerkenswerte Anzahl von Besuchern aus den USA.¹⁴⁹ Nicht zuletzt führte die Friedrich-Ebert-Stiftung in diesen Jahren eine für die transatlantische Verständigung wichtige Dialogreihe durch.¹⁵⁰ In der sozialdemokratischen Selbstwahrnehmung ging es also darum, das im Zuge der teilweise recht drastischen Kritik an der Reagan-Regierung aufkommende Deutungsmuster des »Antiamerikanismus« zu kontern, indem erstens ein intensiver Gesprächsfaden zu Vertretern der Washingtoner Administration gesponnen wurde (denen gegenüber Abgesandte der Fraktion die Bedenken der SPD bezüglich der Nachrüstung darlegten, wenngleich ohne jeden Erfolg¹⁵¹) und indem zweitens transnationale Netzwerke mit dem »anderen Amerika«, den Reagan-Kritikern in den USA, geknüpft wurden. Dieses Gegennarrativ fasste der linksorientierte »Frankfurter Kreis« so zusammen: »unser Widerstand richtet sich nicht gegen Amerika, sondern gegen die gegenwärtige amerikanische Rüstungs- und Nuklearpolitik«. Der Widerstand müsse deshalb so »geführt werden, daß er der amerikanischen Friedensbewegung Argumente« gebe.¹⁵² Der Höhepunkt dieser Kooperationen war schließlich ein Besuch Willy Brandts und anderer SPD-Politiker im September 1983 in Washington, wo sie in einem von der »Freeze Campaign« organisierten Hearing des US-Kongresses die Position der SPD gegenüber der amerikanischen Öffentlichkeit erläuterten.¹⁵³

Das sozialdemokratische Verhältnis zu Amerika war also paradox:¹⁵⁴ Während die Fundamentalkritik an der Außen- und Sicherheitspolitik der Vereinigten Staaten weitgehend Konsens war und in der Person Ronald Reagans ein wichtiges Feindbild fand, begannen SPD-Politiker und amerikanische Friedensaktivisten eine bemerkenswerte transatlantische Vernetzung. Die heftigen Gegenreaktionen des konservativen SPD-Spektrums machten indes deutlich, wie dünn das Eis immer noch war, wenn über »Deutschlands Ort in der Welt«¹⁵⁵ gesprochen wurde. Während viele SPD-Nachrüstungskritiker in den Weltdeutungen des Kalten Kriegs nicht mehr eine adäquate ideelle Rahmensetzung fanden, waren Begriffe wie »Antiamerikanismus« und »westliche Wertegemeinschaft« aufseiten der Befürworter der Raketenstationierung nach wie vor wirkungsmächtige diskursive Konstrukte.

149 Vgl. Veronika Isenberg an Willy Brandt, Ihr Gespräch heute um 15.00 Uhr mit Randall Forsberg, Vorsitzende des National Advisory Board der Freeze-Bewegung, 6.6.1983, AdsD, WBA, A11.2, 144.

150 Vgl. European-American Workshop on Current Security Issues am 23. und 24. Juni 1983 in der Friedrich-Ebert-Stiftung, undatiert, AdsD, Dep. Karsten D. Voigt, H 133; vgl. auch Günter Grunwald an Horst Ehmke, [Übersicht über das USA-Programm der Friedrich-Ebert-Stiftung 1983/84], 6.9.1983, ebd., H 70.

151 Mündliche Mitteilung von Dieter Dettke, dem damals verantwortlichen Referenten der Fraktion, am 29. Oktober 2011 in Washington, D. C.

152 [Ergebnisprotokoll der Sitzung der AG Frieden im Frankfurter Kreis am 16. April 1983 in Oer-Erkenschwick], undatiert, AdsD, Dep. Erhard Eppler, 1/EEAC000126.

153 Die Ausführungen Brandts sind abgedruckt und kommentiert in *Willy Brandt, Gemeinsame Sicherheit. Internationale Beziehungen und deutsche Frage 1982–1992* (Berliner Ausgabe, Bd. 10, bearb. v. Uwe Mai/Bernd Rother/Wolfgang Schmidt), Bonn 2009, Dok. 9, S. 157–171.

154 Zu den transatlantischen Netzwerken ausführlicher *Jan Hansen, Der Protest und die Mächtigen: Zu den Auswirkungen von Friedensbewegung, Nuclear Weapons Freeze Campaign und Solidarność auf das Bonner »Establishment«*, in: *Hanno Balz/Jan-Hendrik Friedrichs* (Hrsg.), »All We Ever Wanted ...«. Eine Kulturgeschichte europäischer Protestbewegungen der 1980er Jahre, Berlin 2012, S. 231–246.

155 Ich entleihe diese Formel *Gassert, Viel Lärm um Nichts?*, S. 192.

Europakonzepte und weltgesellschaftliche Ordnungsvorstellungen

Indem die Sozialdemokratie über Wege aus dem sicherheitspolitischen Status quo stritt, wurden im Nachrüstungsstreit auch Vorstellungen von Europa virulent. Denn die Wiederherstellung der Entspannungspolitik galt in der SPD zuerst als eine europäische Aufgabe: Bedrohten die Nuklearwaffen den Kontinent, musste ihnen europäisch begegnet werden. Dieses Deutungsmuster setzte eine bestimmte diskursive Weichenstellung voraus. Indem die USA beziehungsweise ihre Regierung gewissermaßen als Agent von Militarisierung und Aufrüstung gekennzeichnet wurde, konnte das Streben nach Frieden und Entspannung wirkungsvoll als europäische Eigenschaft konstruiert werden. In diesem Sinne wurde ein Begriffskosmos entworfen, in dem die gegensätzlichen Termini »Aufrüstung und Abrüstung«, »Konfrontation und Entspannung«, »Krieg und Frieden« jeweils mit den Supermächten beziehungsweise den USA auf der einen und Europa auf der anderen Seite identifiziert wurden. Im sozialdemokratischen Weltbild galten »Europa« und »Krieg« als weit auseinanderliegende Pole auf derselben diskursiven Achse – oder, wie Egon Bahr es formulierte: »So lange die Militarisierung des Denkens anhält, nimmt die Schwäche Europas zu.«¹⁵⁶ Während die europäischen Staaten zur Zusammenarbeit und zur Einigung untereinander bereit waren, schienen die Supermächte und insbesondere die USA an der Konservierung der Blockkonfrontation interessiert. Es war der Juso-Vorsitzende Gerhard Schröder, der in diesem Sinne die »Behauptung von der Identität der ökonomischen und politischen Interessen zwischen den Ländern Westeuropas und den USA« zurückwies.¹⁵⁷ Mit diesen Rahmenseetzungen war es einfach, die Wiederherstellung der Entspannungspolitik als eigentlich ureuropäische Aufgabe zu definieren. So meinte die zeitgenössische Formel von der »Europäisierung der Sicherheitspolitik«¹⁵⁸ im Kern nichts anderes, als den »Stellenwert der militärischen Machtfaktoren zurückzudrängen und sich der Polarisierung der Welt entgegenzustellen.«¹⁵⁹

Konkret ausformuliert, implizierte die Formel zunächst den Auf- beziehungsweise Ausbau der militärischen Kooperationen der Europäischen Gemeinschaft im Sinne der Errichtung eines selbstständigeren westeuropäischen Verteidigungssystems auf der Basis enger deutsch-französischer Abstimmung. Die Idee einer atomwaffenfreien Zone in Mitteleuropa oder das Konzept der »strukturellen Nichtangriffsfähigkeit« entsprachen gleichfalls den Vorstellungen eines verselbstständigten, friedlichen und denuklearisierten Europas.¹⁶⁰ Eine berühmte Formel Charles de Gaulles aktualisierend, sollte im nächsten Schritt die Idee der »Europäischen Friedensordnung«¹⁶¹ die geltende Abschreckungsdoktrin der NATO transzendieren. Diese Überlegungen gingen auf den der SPD nahestehenden Publizisten Peter Bender zurück, der 1981 in einem viel beachteten Buch die »Europäisierung Europas« vorgeschlagen hatte.¹⁶² Zahlreiche Sozialdemokraten griffen diese Vorstellung

156 Egon Bahr, *Gemeinsame Sicherheit – Perspektiven europäischer Sicherheitspolitik*, in: *Zur Lage Europas im globalen Spannungsfeld. Jahrbuch 1982/1983*, hrsg. v. Deutsche Gesellschaft für Friedens- und Konfliktforschung, Baden-Baden 1983, S. 567–574, hier: S. 567.

157 Gerhard Schröder, [Rundbrief »Sozialdemokratische Positionsbestimmung«], 25.1.1980, AdsD, Dep. Erhard Eppler, 1/EEAC000051.

158 Bahr, *Gemeinsame Sicherheit*, S. 568; Positionspapier des SPD-Unterbezirks Bremen-Ost zur Friedenspolitik, Mai 1984, AdsD, Dep. Egon Bahr, 1/EBAA000511.

159 Bahr, *Gemeinsame Sicherheit*, S. 568.

160 Bahr, *Neuer Ansatz der gemeinsamen Sicherheit*, in: NG 29, 1982, S. 659–668; *Andreas von Bülow*, *Das Bülow-Papier. Strategie vertrauensschaffender Sicherheits-Strukturen in Europa – Wege zur Sicherheitspartnerschaft*, Frankfurt am Main 1985.

161 Wolfgang Biermann an Karsten D. Voigt, *Forum Europäische Friedensordnung*, 24.6.1985, AdsD, Dep. Karsten D. Voigt, H 163.

162 Peter Bender, *Das Ende des ideologischen Zeitalters. Die Europäisierung Europas*, Berlin 1981; vgl. auch entsprechende Initiativen im linken sozialdemokratischen Milieu: Wolfgang

auf und popularisierten sie in der Partei.¹⁶³ Der Essener Parteitag verabschiedete 1984 schließlich »Schritte zu einer europäischen Friedensordnung«.¹⁶⁴

Die Europavorstellungen der Sozialdemokratie beinhalteten über diese konkreten sicherheitspolitischen Maßnahmen hinaus fast zwangsläufig die naheliegende Generalforderung nach einer Vertiefung und Weiterentwicklung der europäischen Einigung. Wilhelm Bruns von der Friedrich-Ebert-Stiftung formulierte, dass sich Europa »von den vorgegebenen Sachzwängen befreien und den Mut entwickeln« müsse, »neue Wege zu beschreiten«.¹⁶⁵ Dabei solle die Europäische Gemeinschaft »als Kern eines künftigen geeinten Europas« einen »von den Interessen der Supermächte unabhängigen Beitrag zu Entspannung und Frieden in der Welt« leisten. Im Postulat einer Vertiefung der europäischen Integration bis hin zu den »Vereinigten Staaten von Europa«¹⁶⁶ gingen SPD-Vertreter aber noch einen Schritt weiter. Denn nachdem das Integrationsstreben Europas und die Rivalität der Supermächte als diskursive Gegensätze konstruiert waren, konnte das geeinte (Gesamt-)Europa auch selbst als Gegenentwurf zur Blockkonfrontation stilisiert werden.¹⁶⁷ In der Vorstellung Lafontaines war die »Verselbständigung Europas der Weg«, um »die Rivalität der beiden Weltmächte zu mindern«.¹⁶⁸ Die Europäer könnten »durch ihre Verselbständigung dazu beitragen, dass das Duopol in einer pluralistischen Mächtestruktur aufgelöst wird«. So führte der Weg von der Abrüstung und der Verhinderung der Raketenstationierung über die Vertiefung der westeuropäischen Integration und eine gesamt-europäische Annäherung zur Auflösung der Blöcke. Europa war als das Instrument konstruiert, mit dem sich diese Polarität grundsätzlich auflösen ließe.¹⁶⁹

Die Forderung nach einer Intensivierung des europäischen Zusammenschlusses und einer Überwindung der Blockkonfrontation war implizit gegen eine Stärkung der Nationalstaaten gerichtet. So formulierte Eppler programmatisch, dass das Prinzip des souveränen Nationalstaats keinen Platz in einer Welt habe, die »sich Gewaltanwendung zwischen Staaten« nicht mehr leisten könne.¹⁷⁰ Auch in der Vorstellung Lafontaines konnte das Resultat einer Auflösung der Blöcke »nicht die Wiederherstellung des souveränen Staates sein«.¹⁷¹ Dies verwies darauf, dass in den Europäisierungsdiskursen der SPD auch die deutsche Teilung und die Perspektiven einer Wiedervereinigung verhandelt wurden. Indem Eppler, Lafontaine und andere Sozialdemokraten die »Europäisierung Europas« forderten, hatten sie die in den 1980er Jahren immer noch virulente »deutsche Frage« implizit schon verneint. Die deutsche Einheit war abzulehnen, weil sie nur in einem größeren europäischen Kontext denk- und vorstellbar schien.

Wiemer an Horst Ehmke, Vermerk über eine »Denkschrift Friedensvertrag Deutsche Konföderation Europäisches Sicherheitssystem« aus dem Kreis um Dr. Peter Brandt und Herbert Ammon, 6.5.1985, AdsD, Dep. Horst Ehmke, 1/HEAA000805.

163 Vgl. Horst Ehmke, Überlegungen zur Selbstbehauptung Europas. Ein Diskussionspapier [in: Politik. Aktuelle Informationen der Sozialdemokratischen Parteitag Deutschlands, 1/1984], ebd., 1/HEAA000696.

164 Beschlüsse des Parteitags der SPD vom 17. bis 21. Mai 1984 in Essen, hrsg. v. Vorstand der SPD, Bonn 1984, S. 88.

165 *Wilhelm Bruns*, Europäische Sicherheitspolitik, in: NG 29, 1982, S. 654–658, hier: S. 657.

166 *Karl Kaiser*, Sicherheit und Integration, in: NG/FH 32, 1985, S. 849–856.

167 Vgl. *Hermann Scheer*, Abhängigkeit der Europäer von den Großmächten muss überwunden werden. Reichlich Stoff für eine wirkungsvolle Opposition, in: Vorwärts, 5.1.1985, S. 19.

168 *Lafontaine*, Angst vor den Freunden, S. 87f.; vgl. auch Hajo Hoffmann, Thesen zur Entwicklung Europas zwischen den Blöcken, April 1983, AdsD, Dep. Karsten D. Voigt, H 178.

169 Der Essener Parteitag forderte »eine europäische Friedensordnung«, die die »Blöcke überwindet«. Beschlüsse des SPD-Parteitages 1984 in Essen, S. 88.

170 *Eppler*, Die tödliche Utopie der Sicherheit, S. 193.

171 *Lafontaine*, Angst vor den Freunden, S. 90.

Genau genommen war dies aber nicht einmal der einzig mögliche Weg. In den hier untersuchten Deutungsdispositiven beinhaltet die Vertiefung und Ausdehnung der europäischen Integration zwangsläufig die Abtretung von souveränen Hoheitsrechten an intergouvernementale oder supranationale Instanzen. Nach Lafontaine waren deshalb auch »internationale Vereinbarungen entsprechend den Bestimmungen der Charta der Vereinten Nationen« eine Möglichkeit, das nationalstaatliche Prinzip obsolet zu machen. Die gegeneinander gerichteten Blöcke sollten nicht durch die Rekonstruktion von Nationalstaaten aufgelöst werden, sondern durch die Weiterentwicklung und Stärkung von internationalen Organisationen. Dabei war die »Verselbständigung Europas« ein »erster wichtiger Schritt«, dem aber ein »internationales Sicherheitssystem« auf Grundlage »universell anerkannter Instrumente des Völkerrechts« folgen müsse.¹⁷² Während die europäische Einigung die Rivalität der Supermächte abmildern und aufheben sollte, war die Vorstellung eines internationalen Sicherheitssystems und einer unter dem Dach der Vereinten Nationen organisierten internationalen Gemeinschaft die langfristig konzipierte Leitidee, die spätestens mit dem Essener Parteitag 1984 zur offiziellen SPD-Programmatik erhoben wurde.¹⁷³

In den sozialdemokratischen Ideen von Europa und der Welt wurden traditionelle Ordnungsvorstellungen neu ausgehandelt. Diese Deutungen, die im Kern auf die Überwindung des nationalstaatlichen Prinzips und der Blockkonfrontation abzielten und sie durch supra- oder internationale Ordnungen ersetzen wollten, waren durch eine spezifische Bedrohungsvorstellung gekennzeichnet. Wer mit Lafontaine erkannte, dass die Atombombe »eine globale Bedrohung« war, »der niemand entrinnen« konnte, musste in diesem Narrativ nicht nur einsehen, dass »die Idee des souveränen Staates abstirbt«¹⁷⁴, sondern auch, dass der Ubiquität der Bedrohung nur mit internationalistischen Ansätzen zu begegnen war. Aus dem solchermaßen artikulierten Bewusstsein von einer globalen Bedrohung resultierten die Ideen, die weltgesellschaftliche Konzepte vorsahen und sich in der SPD einer großen Beliebtheit erfreuten. So war die Auseinandersetzung mit dem »Ort Deutschlands in der Welt« nicht zuletzt auch eine Verhandlung der aus der nuklearen Rüstung herrührenden weltumspannenden Gefährdung der Menschheit.¹⁷⁵

VI. DER NACHRÜSTUNGSSTREIT ALS »ORT« DER NEUVERHANDLUNG VON STAATLICHKEIT

Die Debatte um NATO-Doppelbeschluss und Nachrüstung katalysierte im SPD-Spektrum neben den Wahrnehmungen und Deutungen von Amerika, dem »Westen«, Europa und der Welt auch eine grundlegende Selbstverständigung über die repräsentativen Institutionen des Parlamentarismus sowie den Staat und sein Handeln. Dass der Protest gegen die Raketen in der Friedensbewegung auch und gerade in Auseinandersetzung mit einem spezifischen Staatsbild geführt wurde, ist mittlerweile häufig beschrieben worden.¹⁷⁶ Doch hat die Forschung bislang zu wenig darüber nachgedacht, inwieweit diese Staatsbilder in die nachrüstungskritische sozialdemokratische Partei hineinreichten, die ja nicht in erster

172 Ebd., S. 83f.

173 Vgl. Beschlüsse des SPD-Parteitages 1984 in Essen, S. 92.

174 Lafontaine, *Angst vor den Freunden*, S. 90.

175 Vgl. auch Conze, *Modernitätsskepsis und die Utopie der Sicherheit*, Abs. 11.

176 Vgl. mit weiteren Belegen Schregel, *Der Atomkrieg*, S. 20–23; vor allem aber die ausgezeichnete Analyse bei Klaus Naumann, *Nachrüstung und Selbstanerkennung. Staatsfragen im politisch-intellektuellen Milieu der »Blätter für deutsche und internationale Politik«*, in: *Dominik Geppert/Jens Hacke* (Hrsg.), *Streit um den Staat. Intellektuelle Debatten in der Bundesrepublik 1960–1980*, Göttingen 2008, S. 269–289.

Linie Teil einer außerparlamentarischen Bewegung, sondern tragende Säule des parlamentarischen Systems war. Nach meinen Überlegungen betraf der »Wandel des Politischen« deshalb auch die Selbstverortung der SPD im Gefüge der »Bonner Republik«.

Ihren Ausgang nahmen staatskritische Gegennarrative bei juristischen Argumenten.¹⁷⁷ Der Bremer Rechtsprofessor und Sozialdemokrat Wolfgang Däubler stellte die Behauptung auf, dass die Stationierung zwei Zielen des Grundgesetzes widerspreche. Zum einen sah Däubler das Grundrecht auf Leben und körperliche Unversehrtheit infrage gestellt (Art. 2, Abs. 2 GG).¹⁷⁸ Wenn die Stationierung komme, so der Jurist, wachse die Gefahr eines Nuklearkriegs beträchtlich. In eine ähnliche Richtung zielte zum anderen der Hinweis auf das »Friedensprinzip« des Grundgesetzes (Art. 26, Abs. 1 GG). In der Paraphrasierung Däublers verlangte es »von allen deutschen Staatsorganen, militärische Maßnahmen ausschließlich am Verteidigungszweck zu orientieren«. Deshalb sei jedes Vorhaben verfassungswidrig, »das die Kriegsgefahr erhöht, das die Schwelle nuklearer Auseinandersetzungen senkt«. ¹⁷⁹ Auch die Arbeitsgemeinschaft Sozialdemokratischer Juristen (ASJ) wies 1982 darauf hin, dass die Stationierung, »die zum atomaren »Erstschlag« ohne Zweitschlagrisiko verwendet werden« könne, den im Grundgesetz untersagten »objektiven Tatbestand einer verfassungswidrigen Friedenstörenden Handlung« erfülle.¹⁸⁰

Neben konkreten Bestimmungen des Grundgesetzes und im Widerspruch zu ihren internationalistischen Denkansätzen sahen die Nachrüstungskritiker durch die Stationierung auch die Souveränität der Bundesrepublik bedroht. Wenn Horst Ehmke in einem Interview mit der Nachrichtenagentur Associated Press einräumte, dass das »Erstgeburtsrecht des Parlaments«, über »neue Waffensysteme der Bundesrepublik im Rahmen seiner Haushaltsbeschlüsse« zu entscheiden, »nicht dadurch umgangen werden« dürfe, dass »ein fremder Staat auf seine Kosten neuartige Waffen auf dem Boden der Bundesrepublik stationiert«¹⁸¹, hatte dieses Deutungsmuster in den Reihen der Kritiker eine ungemein mobilisierende Wirkung. Es konnte auch grundsätzlicher vorgebracht werden, indem der Schriftsteller Günter Grass die »Gefahr des Verfassungsbruches und der Fremdbestimmung durch Aufgabe von Souveränität« prognostizierte¹⁸² oder indem Däubler argumentierte, dass der US-amerikanische Präsident im Ernstfall »über Leben und Tod der deutschen Bevölkerung« entscheide und eine »derartige Preisgabe vitaler Souveränitätsrechte« im Grundgesetz nicht vorgesehen sei.¹⁸³

Aus den Wortmeldungen, in denen die westdeutsche Souveränität als bedroht dargestellt wurde, ließen sich unschwer weiterreichende Folgerungen ableiten. Denn die Wahrnehmung einer Gefährdung von Souveränität implizierte ja bereits, dass der Gesetzgeber

177 Vgl. hierzu *Werner Offenloch*, Erinnerung an das Recht. Der Streit um die Nachrüstung auf den Straßen und vor den Gerichten, Tübingen 2005.

178 *Wolfgang Däubler*, Friedensbewegung, Widerstand und Recht, in: spw 6, 1983, H. 20, S. 323–328.

179 Ebd., S. 326. Sofern die »Drohung mit dem Ersteinsatz« das entscheidende Element der Flexible Response war, widersprach sie nach Däubler auch Art. 2, Ziff. 4 der UN-Charta, ebd., S. 325.

180 Beschlüsse der Bundeskonferenz der Arbeitsgemeinschaft Sozialdemokratischer Juristen (ASJ) am 12./13. Juni 1982 in Kiel, AdsD, SPD-PV, Kommission für Sicherheitspolitik, 2/PVAD 000025. Ob Däubler an der Formulierung dieses Beschlusses beteiligt war, ließ sich nicht mehr rekonstruieren. Ferner ASJ Nordrhein-Westfalen, Die verfassungs- und völkerrechtliche Verpflichtung zum Frieden. 8 Thesen, undatiert [1982], AdsD, Dep. Egon Bahr, 1/EBAA 000043.

181 [Abschrift eines Interviews der Nachrichtenagentur AP mit Horst Ehmke zur Verfassungsmäßigkeit der Raketenstationierung], August 1983, AdsD, Dep. Horst Ehmke, 1/HEAA000695.

182 Günter Grass an die Mitglieder des Bundestages, November 1983, AdsD, WBA, A10.1 Rosen, 188.

183 *Däubler*, Friedensbewegung, Widerstand und Recht, S. 323.

das Grundgesetz und die äußere Staatlichkeit nicht hinreichend schützte. So generierte die Nachrüstkritik in ihrer juristischen Lesart einen Gegendiskurs, in dem Legislative und Exekutive in den Verdacht gerieten, bestehendes Recht zu brechen. Doch auch im Hinblick auf den in der Friedensbewegung artikulierten Protest gegen die Nachrüstung, der im parlamentarischen Betrieb nicht den erwünschten Widerhall fand, argwöhnten manche Stationierungsskeptiker, dass das parlamentarische Verfahren seine demokratische Legitimation eingebüßt habe. Wenn der stellvertretende ASJ-Vorsitzende Horst Isola »eine Überschreitung des parlamentarisch-repräsentativen Mandats« befürchtete, sollte die Stationierung gegen den tausendfach artikulierten Protest auf der Straße durchgesetzt werden¹⁸⁴, wenn der ehemalige Bundesjustizminister Jürgen Schmude argumentierte, dass der Verweis auf die Legalität des Entscheidungsprozesses als Nachweis von Legitimität nicht ausreiche, die Ängste und Befürchtungen der Menschen vielmehr »mit größtmöglichem Ernst« bei der Entscheidungsfindung berücksichtigt werden müssten¹⁸⁵, dann deutet dies darauf hin, dass der Gesetzgeber nicht nur im Verdacht stand, die Bestimmungen des Grundgesetzes nicht ernst zu nehmen, sondern auch darauf, dass an seiner demokratischen Legitimation grundsätzlich gezweifelt wurde. Die »Mehrheitsdemokratie« stieß in den sozialdemokratischen Deutungen an ihre »Grenzen«.¹⁸⁶ Daraus konnte zweierlei folgen.

Zum einen stellten nachrüstkritische SPD-Mitglieder die Forderung nach einer Volksbefragung über die Raketenstationierung auf. Weil der Gesetzesvorbehalt verlange, »dass wesentliche Fragen des Gemeinschaftslebens durch den Gesetzgeber entschieden werden«, könnten sie, so Däubler, »nicht durch eine einfache Bundestagsresolution«, sondern müssten »durch den Gesetzgeber als solchen entschieden werden«.¹⁸⁷ Mit dem »Gesetzgeber als solchen« meinte der Jurist die Wählerinnen und Wähler. Die Forderung nach einem Plebiszit war in dieser Argumentation der basisdemokratische Ausweg, mit dem Sozialdemokraten die von ihnen wahrgenommenen Legitimationsdefizite der repräsentativen Demokratie zu kompensieren hofften. Dass die parlamentarische Demokratie eines Korrektivs durch mündige Bürger bedurfte, war der Ausgangspunkt vieler staatskritischer Deutungen in der SPD. Selbst Egon Bahr erschien die Möglichkeit »einer Volksbefragung«, an die er bisher »nicht im Traum gedacht habe, [...] als eine große Erleichterung«, die »uns viel ersparen« könne.¹⁸⁸ Horst Ehmke diagnostizierte immerhin ein »Spannungsverhältnis zwischen der repräsentativen und einer plebiszitären Mehrheit«. Er hoffte zwar darauf, dass diese Spannung in der demokratischen Praxis durch einen »Prozeß der Konsensbildung« gelockert werden könne¹⁸⁹, doch machte er sich keine Illusionen darüber, dass sich die Kritik am demokratischen Verfahren des Staats im Spektrum

184 Horst Isola, Elf Gründe für den Widerstand. Plädoyer für die Einlösung der Verfassungsrechte in der Stationierungsfrage, in: Vorwärts, 2.6.1983, S. 14–15, hier: S. 15; vgl. auch Horst Isola an den Vorstand der SPD Bremen, 17.9.1982, AdsD, WBA, A10.1 Rosen, 187.

185 Vgl. Jürgen Schmude, Moral, Menschenrechte, Widerstandsrecht und die politischen Grundentscheidungen der Gegenwart, in: NG 31, 1984, S. 16–23, hier: S. 23.

186 Bernd Guggenberger/Claus Offe (Hrsg.), An den Grenzen der Mehrheitsdemokratie. Politik und Soziologie der Mehrheitsregel, Opladen 1984.

187 Wolfgang Däubler, Rechtswidrige Stationierung, in: Blätter für deutsche und internationale Politik 28, 1983, S. 1180–1182.

188 Egon Bahr an Willy Brandt, 23.11.1982, AdsD, WBA, A11.3, 49. Die SPD stand der von der Friedensbewegung anlässlich der Europawahl am 17. Juni 1984 durchgeführten Volksbefragung positiv gegenüber, vgl. SPD-Pressemitteilung, 7.6.1984; vgl. auch Sozialdemokratischer Pressedienst, 19.6.1984, S. 1. Die Jusos beteiligten sich aktiv an ihrer Durchführung, vgl. Bundesvorstand der Arbeitsgemeinschaft der Jungsozialisten (Jusos), Hinweise zur Volksbefragungsaktion der Friedensbewegung, Februar 1984, AdsD, WBA, A11.13, 82.

189 Horst Ehmke, Herausforderung an die Allianz – Sicherheitspolitik in der Demokratie. Referat auf der Internationalen Wehrkundetagung vom 10. – 12. Februar 1984 in München, undatiert, AdsD, Dep. Horst Ehmke, 1/HEAA000623.

der SPD nur durch eine Ausweitung von Bürgerbeteiligung und Mitbestimmung entschärft werden ließ.¹⁹⁰

Zum anderen führte von der Wahrnehmung einer schwindenden Legitimation parlamentarischer Entscheidungen der Weg zur Proklamation des »Rechts auf Widerstand«. In der Lesart mancher SPD-Vertreter war »Widerstand« ohnehin ein notwendiger Teil des demokratischen Prozesses: »Sich nicht zu fügen, nein zu sagen, zu protestieren und Gegenaktionen zu organisieren, ist das von niemandem ernstlich bestreitbare Recht jedes Bürgers in einem demokratisch verfassten Gemeinwesen.«¹⁹¹ Wenn einzelne Bezirksverbände¹⁹² und Vertreter der ASJ das nach ihrem Verständnis im Grundgesetz garantierte »Recht auf Widerstand gegen die Vorbereitung eines Atomkrieges« betonten¹⁹³ und sogar der Bundestagsabgeordnete Björn Engholm davon sprach, dass es »erstmal in der deutschen Geschichte [...] ein Widerstandsrecht und eine -pflicht des Bürgers« wahrzunehmen gelte¹⁹⁴, war es doch Konsens in der SPD, dass Widerstand gewaltfrei und friedlich bleiben musste. So betonte der SPD-Bundestagsfraktionsvorsitzende Hans-Jochen Vogel 1983 im Parteirat, dass »das im Artikel 20, Absatz 4, des Grundgesetzes definierte Widerstandsrecht [...] für Auseinandersetzungen um die Nachrüstung nicht herangezogen werden« könne.¹⁹⁵

Der hier angesprochene Diskurs um den Widerstand zeigt, dass die sozialdemokratischen Einstellungen zur repräsentativen Verfasstheit der Demokratie in Bewegung geraten waren. Analog zu den Diskussionen in der Friedensbewegung und bei den Grünen wandten sich Nachrüstungskritiker nicht nur gegen die Raketen, sondern schlossen aus der Wahrnehmung demokratisch nicht mehr ausreichend legitimierter politischer Prozesse (in einer schwachen Lesart) auf die Notwendigkeit von mehr Bürgerpartizipation oder (in einer starken Lesart) auf die Berechtigung zum Widerstand.

Die sozialdemokratische Kritik am parlamentarisch-repräsentativen Prinzip machte jedoch nicht bei den legislativen Verfahren halt, sondern ging über in eine Neuverhandlung traditioneller Staatsbilder. Die alte, positiv besetzte sozialdemokratische Leitvorstellung des fürsorgenden Staats vermischte sich im Nachrüstungsstreit parallel zu Diskursen der Friedensbewegung mit Bildern, die ihn jetzt grundsätzlich kritisch zeichneten. Ausgangspunkt dieser Vorstellungen war die Identifizierung des Staats mit der von ihm propagierten zivilen und militärischen Nutzung der Kernenergie. Der »Atom-Staat«¹⁹⁶ galt in diesen Deutungen als Instrument und Spielball der »Rüstungslobby«¹⁹⁷, als Agent einer anonymen und sich auf den »Sachzwang«¹⁹⁸ versteifenden »Expertokratie«¹⁹⁹ oder als schlichtweg »lebensgefährlich«²⁰⁰, weil er mit der Stationierung das Leben seiner Bürger

190 Das Protokoll der Präsidiumssitzung vom 7. November 1983 notierte »Einigkeit darüber«, dass die »Einführung zusätzlicher plebiszitärer Elemente in die Verfassung« unabhängig von der Nachrüstungsfrage grundsätzlich beraten werden sollte. Protokoll der Sitzung des Präsidiums am 7. November 1983, AdsD, SPD-PV, Vorstandssekretariat, 232.

191 *Däubler*, Friedensbewegung, Widerstand und Recht, S. 325.

192 Vgl. »Widerstand gegen Aufrüstung« [Antrag zum Bezirksparteitag der SPD Hessen-Süd am 8. Oktober 1983], undatiert, AdsD, Dep. Karsten D. Voigt, H 57.

193 *Erich Küchenhoff*, Recht auf Widerstand gegen die Vorbereitung eines Atomkrieges, in: *Seeliger*, Amerikanische Raketen, S. 89–95.

194 *Björn Engholm*, Einseitige Abrüstungsschritte als Elemente einer neuen sozialdemokratischen Friedenspolitik?, in: *Seeliger*, Amerikanische Raketen, S. 30–40, hier: S. 31.

195 Protokoll der Sitzung des Parteirates am 31. Mai 1983, AdsD, SPD-PV, Vorstandssekretariat, o. Sign.

196 *Robert Jungk*, Der Atom-Staat. Vom Fortschritt in die Unmenschlichkeit, Reinbek 1986.

197 *Erhard Eppler*, Wege aus der Gefahr, Reinbek 1985, S. 95.

198 *Jungk*, Der Atom-Staat, S. 13.

199 *Eppler*, Wege aus der Gefahr, S. 79.

200 *Wolfgang Biermann/Jürgen Egert*, Thesen zur gegenwärtigen Kriegsgefahr, Stellenwert der »Nachrüstung« und Aufgaben der Friedensbewegung, in: spw 5, 1982, H. 14, S. 49–56, hier: S. 55.

riskierte.²⁰¹ Diese neuen Staatsvorstellungen erreichten in der SPD sicherlich nicht die Intensität, die sie in der außerparlamentarischen Friedensbewegung hatten. Sie ließen aber Teile des sozialdemokratischen Spektrums nicht unberührt, die friedenspolitisch engagiert waren und in ihrem Selbstverständnis Distanz zur eigenen Parteiführung wahrten. Dass die SPD als »Staatspartei«²⁰² überhaupt ihre Einstellung zum Repräsentativprinzip diskutierte und neue Wahrnehmungsmuster in Bezug auf den Staat entwickelte, deutet auf die tiefgreifende Wirkung hin, die der Nachrüstungsstreit für sie hatte.

Nahmen die Gegner der Stationierung im außerparlamentarischen Protest und seinen Forderungen nach Volksbefragung und Widerstand ein positiv konnotiertes Mehr an Bürgerpartizipation wahr, sahen die Nachrüstungsbefürworter die »Krise des Staates« dämmern. In einem Diskussionspapier des Zentralkomitees der deutschen Katholiken (ZdK), das der SPD-Abgeordnete Heinz Rapp als ZdK-Mitglied mit einem zustimmenden Begleitschreiben an Ehmke schickte, wurde der außerparlamentarische Protest »gegen den Staat« abgelehnt, weil er das Ziel verfolge, »ihn zu beseitigen« oder »staatliche Maßnahmen unmittelbar zu verhindern«.²⁰³ Widerstand sei »notwendigerweise unfriedlich, ganz gleich, ob er dabei gewalttätig wird oder nicht«. Das hier zum Ausdruck kommende traditionelle Verständnis, das den Staat in der Wahrnehmung seiner hoheitlichen Aufgaben durch den außerparlamentarischen Protest gefährdet sah, beruhte vor allem auf der Befürchtung, dass der Protest »die Beseitigung oder die Veränderung des demokratisch-freiheitlichen Systems« anstrebe, »dem Staat mit Ablehnung« begegne und ihn »als ein menschenfeindliches Monster an den Pranger« stelle. Das Papier mutmaßte, dass solche Haltungen auf »mangelnder Einsicht in den sittlichen Sinn des Staates« beruhten.²⁰⁴ Auch Gesine Schwan meinte bei der SPD-Linken eine grundsätzliche »Reserve gegenüber der repräsentativen Demokratie«²⁰⁵ auszumachen. Und Helmut Schmidt äußerte in der SPD-Fraktion seine Sorge bezüglich derjenigen, »die den demokratischen Regeln skeptisch gegenüberstehen oder sie nicht anerkennen wollen«.²⁰⁶ Die Angst vor der »Unregierbarkeit« des Staates ging um.²⁰⁷

Die Neuverhandlung von Staatlichkeit war also ein elementarer Diskursstrang im Nachrüstungsstreit der SPD. Während die Stationierungsgegner die demokratische Legitimation des parlamentarisch-repräsentativen Systems bezweifelten und mit ihrer Kritik an den legislativen Verfahren auch einer neuen Wahrnehmung des Staates zum Durchbruch verhalfen, formulierten auf der anderen Seite des sozialdemokratischen Spektrums Befürworter

201 Vgl. auch Gassert, Viel Lärm um Nichts?, S. 184–186; Holger Nehring/Benjamin Ziemann, Führen alle Wege nach Moskau? Der NATO-Doppelbeschluss und die Friedensbewegung – eine Kritik, in: VfZ 59, 2011, S. 81–100, hier: S. 97f.

202 Wolf-Dieter Narr/Hermann Scheer/Dieter Spöri, SPD, Staatspartei oder Reformpartei?, München 1976; auch Kurt Klotzbach, Der Weg zur Staatspartei. Programmatik, praktische Politik und Organisation der deutschen Sozialdemokratie 1945–1965, Berlin/Bonn 1982.

203 Heinz Rapp an Horst Ehmke, Widerstandsrecht im demokratischen Staat. Erklärung des Zentralkomitees der deutschen Katholiken, 25.10.1983, AdsD, Dep. Horst Ehmke, 1/HEAA 000658. Auch die folgenden Zitate sind diesem Papier entnommen.

204 Vgl. auch Helmut Schmidt, Bemerkungen zu Moral, Pflicht und Verantwortung des Politikers, in: Merkur 35, 1981, S. 449–465.

205 Schwan, Die SPD und die westliche Freiheit, S. 44.

206 Helmut Schmidt, Sprechzettel für die Fraktionssitzung am 17. März 1981 zu den Ausschreitungen am Rande von Demonstrationen, undatiert, AdsD, HSA, 1/HSAA010719; vgl. in diesem Sinne auch Peter Glotz, Staat und alternative Bewegungen, in: Jürgen Habermas (Hrsg.), Stichworte zur »Geistigen Situation der Zeit«, Bd. 2: Politik und Kultur, Frankfurt am Main 1979, S. 474–488.

207 Vgl. zur Historisierung vergleichbarer Krisen-Narrative in den 1970er Jahren Gabriele Metzler, Staatsversagen und Unregierbarkeit in den siebziger Jahren?, in: Konrad H. Jarausch (Hrsg.), Das Ende der Zuversicht? Die siebziger Jahre als Geschichte, Göttingen 2008, S. 243–260.

der Stationierung Widerstand gegenüber diesen Einstellungen und generierten das Deutungsmuster einer »Krise der Demokratie«. In diesem Sinne war der Nachrüstungsstreit der »Ort«, an dem grundsätzlich über die westdeutsche Staatlichkeit gesprochen wurde.

VII. SCHLUSS: »WANDEL DES POLITISCHEN«

Die Debatte um den NATO-Doppelbeschluss und die Nachrüstung in der SPD war nicht nur eine sicherheitspolitische Kontroverse, sondern auch ein Modus der Verständigung über Fragen, die für die Selbst- und Weltdeutung der Sozialdemokratie große Bedeutung hatten. Darauf wies schon hin, dass die Nachrüstkritik in der SPD ihren Ausgang nicht etwa bei konkreten militärstrategischen Einwänden gegen die Stationierung der Marschflugkörper und Pershing-II-Raketen nahm, sondern von der Angst vor einem Ende der Entspannung, der Eskalation des Rüstungswettlaufs und der nuklearen Apokalypse motiviert wurde. Dabei diskutierte die SPD die Nachrüstung im Spannungsfeld zwischen ihrer Beteiligung an der Regierung und der zumindest partiellen Sympathie für die Friedensbewegung. Sah sie sich einerseits zur Unterstützung der Sicherheitspolitik von Kanzler Schmidt verpflichtet, wuchs andererseits das Verständnis für das außerparlamentarische Protestanliegen parallel zur sich verschärfenden Krise der Entspannungspolitik und der zunehmenden Stationierungswahrscheinlichkeit. So bildete die sozialdemokratische Kontroverse die gesamtgesellschaftliche Debatte wie in einem Brennglas ab: In der SPD stritt mit Helmut Schmidt der wohl entschiedenste Verfechter des NATO-Doppelbeschlusses in der Bundesrepublik mit Erhard Eppler, eine der wichtigsten Symbol- und Integrationsfiguren der Protestbewegung, um den sicherheits- beziehungsweise friedenspolitischen Kurs der Partei. Es gelang der SPD nicht, dieses Dilemma zwischen Staat und Straße aufzulösen. Vielmehr oszillierte sie bis ins Jahr 1983 hinein zwischen Maximalpositionen und rang sich erst spät zur Ablehnung der Raketenstationierung durch. Gerade die Tatsache, dass die Partei die westdeutsche Nachrüstkritik mit all ihren Facetten in sich selbst austrug, macht sie als Untersuchungsgegenstand so relevant.

In diesem Aufsatz stand die Frage im Vordergrund, ob und inwieweit sich in der Debatte um den NATO-Doppelbeschluss in der SPD ein »Wandel des Politischen« festmachen lässt. Es wäre sicher naheliegend, den Wandel von etablierten Deutungsmustern zunächst im Hinblick auf die kritischen Einstellungen gegenüber der militärischen Nutzung der Kernkraft zu lokalisieren, die in der Sozialdemokratie ihren endgültigen Durchbruch im Nachrüstungsstreit erlebten. Doch gerade weil diese nuklearskeptischen Traditionen schon in der frühen Bundesrepublik innerhalb der SPD vorhanden waren, scheint sich hier nicht so sehr ein grundsätzlicher Wandel vollzogen, sondern vielmehr eine ältere Diskurslinie durchgesetzt zu haben. Gleichwohl ist der Hinweis wichtig, dass die Auseinandersetzungen auch um die zivile Atomtechnologie – welche in der Partei bis in die 1970er Jahre als Garant für Sicherheit in der Energieversorgung und als Symbol des Wachstums- und Fortschrittsglaubens unhinterfragt geblieben war – spätestens im Anti-AKW-Protest und schließlich im personell und thematisch daran anschließenden Widerstand gegen die Nachrüstung eine dezidiert kritische Wendung nahmen.

Schon eher ist es plausibel, einen Transformationsprozess in den sozialdemokratischen Diskussionen um neue Verteidigungskonzepte zu suchen, die in diesem Text nur gestreift werden konnten. Unbestritten führte der Nachrüstungsstreit zu einer beispiellosen Beschäftigung mit der Verteidigungs-, Sicherheits- und Friedenspolitik selbst bei einfachen Parteimitgliedern. Die Auseinandersetzung der »tausend Clausewitze«²⁰⁸ mit Fragen der

208 »Heute gebe es in der SPD ›tausend Clausewitze‹«, berichtete Karsten D. Voigt seinen Gesprächspartnern in Washington, vgl. den Drahtbericht Nr. 5628 der Botschaft Washington an das Auswärtige Amt vom 13.12.1983, AdsD, Dep. Karsten D. Voigt, H 95.

NATO-Strategie resultierte in neuen Ansätzen für eine Verteidigungskonzeption, die die Doktrin der nuklearen Abschreckung überwinden sollte. Die Spannbreite reichte von der »Gemeinsamen Sicherheit«, der »strukturellen Angriffsunfähigkeit« bis zur »Sozialen Verteidigung«, die auch in der SPD ihre Anhänger hatte. Im Vergleich zu den nuklearkritischen Einstellungen in der Sozialdemokratie scheinen hier tatsächlich neue Deutungsansprüche mehrheitsfähig geworden zu sein.

Der Schwerpunkt in diesem Text lag aber auf den Formen der politischen Auseinandersetzung, den sich verändernden Einstellungen zum Ost-West-Gegensatz sowie den Debatten um die westdeutsche Staatlichkeit, in denen sich komplexe Transformationsprozesse festmachen lassen. So evozierte das schwierige Verhältnis der SPD zum außerparlamentarischen Protest neue Artikulationsformen für politischen Dissens, die den innerparteilichen Protestfundus nachhaltig erweiterten. Neben den Visualisierungen und ikonografischen Codes, die politischen Widerspruch eingängig transportieren halfen, konstituierten performative Strategien und habituelle Deutungskämpfe mögliche Wege, einen politischen Gegensatz auszutragen. Zwar waren diese Formen der Artikulation von Dissens für sich genommen keineswegs alle neu, doch führte die Intensität, mit der im Nachrüstungsstreit von ihnen Gebrauch gemacht wurde, zu einem nachhaltigen Wandel der politischen Kultur in der SPD. Auch die Einstellungen zu »Deutschlands Ort in der Welt« begannen sich in Teilen des SPD-Spektrums zu verändern. Hier entwickelte sich die massive Kritik an der US-amerikanischen Sicherheitspolitik zu einer erst latenten, dann aber immer deutlicher werdenden Forderung nach Überwindung des Ost-West-Gegensatzes und der Blockkonfrontation. Das Postulat der Unterordnung der ideologisch motivierten Auseinandersetzung zwischen den USA und der Sowjetunion unter das gemeinsame Ziel der Friedenssicherung, das nicht nur innerparteilich in den Verdacht des »Antiamerikanismus« und der Relativierung »westlicher Werte« geriet, sah die Suspension des nationalstaatlichen Prinzips vor und ging in Vorstellungen der »Europäisierung Europas« und eines internationalen Sicherheitssystems über. Gleichzeitig verhalf die populäre Ablehnung des parlamentarisch-repräsentativen Mehrheitsprinzips, mit dem sich die Stationierung legitimieren ließ, im SPD-Spektrum neuen Partizipationsforderungen und letztlich auch Staatsbildern zum Durchbruch. Diese Vorstellungen, die den Staat nicht länger nur fürsorgend-positiv zeichneten, sondern von ihm angeblich ausgehende Gefährdungen betonten, riefen bei den Nachrüstungsbefürwortern in der Partei einen Gegendiskurs über die »Krise des Staates« hervor und führten zu einer die Gesamtpartei erschütternden Neuverhandlung der Rahmensetzungen von Staatlichkeit.

Bei aller Vorsicht gegenüber verallgemeinernden Schlüssen und unter Betonung der zahlreichen diskursiven Kontinuitätslinien, die für den Nachrüstungsstreit in der SPD wichtig waren, bleibt für die hier untersuchte Debatte entscheidend, dass anhand der nuklearen Mittelstreckenraketen und der konkreten sicherheitspolitischen Entscheidung von 1979 grundsätzliche Fragen des sozialdemokratischen Selbst- und Weltbilds diskutiert wurden und dass dabei komplexe Transformationsprozesse zum Durchbruch kamen. Dieser durch neue Wahrnehmungs-, Deutungs- und Handlungsmuster charakterisierte »Wandel des Politischen« stieß zwar innerparteilich immer wieder an Grenzen, entfaltete aber durchaus langfristige Wirkung. Der Nachrüstungsstreit war für die SPD deshalb auch eine Selbstverständigungsdebatte über die Form, den Inhalt und die Grenzen dessen, in dem wahrgenommen, gesprochen und kollektiv verbindlich gehandelt werden konnte.

